Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. **Bezugspreis** frei Haus monatlich 25,— Mk. Durch die Post monatl. 25,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. **Verlag:** Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. **Schriftleitung:** Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 200 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 1,50 Mark | **Freitag, den 2. Juni 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 127**

Weiße Schmach in Mitteldeutschland

Frauenmißhandlung durch einen Bürgermeister

Während weißgardistische Mörder in den Gefängnissen der Ebert-Republik alle nur denkbaren Vergünstigungen genießen, bis sie eines Tages im Automobil und mit gefälschten Pässen entfliehen, werden, wie kürzlich aus Niederschönenfeld berichtet wurde, **proletarische Vorkämpfer in Zwangsjacken geworfen, blutig gerüttelt, ihnen werden Finger- und Handgelenke ausgerenkt, sie werden mit allen Mitteln moderner Tortur zum Wahnsinn getrieben.** Aber der Haß der Bourgeoisie macht nicht einmal Halt vor den armen ausgehungerten Angehörigen, vor den **Frauen und Kindern** der proletarischen Gefangenen. Ein Beispiel hierfür bildet die Zuschrift eines Genossen, der von der Frau eines in Lichtenburg gefangenen Märzkämpfers eine Schilderung ihrer schamlosen Behandlung in Nebra erhielt und auf seine Nachforschungen folgende Auskunft bekam:

„Die Angabe, daß Frau Wege, als sie sich Auskunft über den Aufenthalt ihres Mannes holen wollte, da sie ein ihm nach Lichtenburg gesandtes Paket zurückerhielt, **verhaftet,** in die **Untersuchungszelle gesperrt** und abends 10 Uhr auf einem Handwagen in ihre Wohnung gefahren wurde, beruht auf Wahrheit. Durch diesen Zwischenfall ist Frau Wege in **Krämpfe gefallen** und hat von dem ganzen Vorfall nichts gewußt. Erst am folgenden Tage ist sie wieder zur Besinnung gekommen. An diesem Vorfall trägt der **stellvertretende Bürgermeister, der Kriegervereinshauptmann Kreu aus Nebra** die Hauptschuld, da die Hinterbliebenen der Inhaftierten für diesen Herrn ein Dreck sind. Und so erklärt sich auch der Zwischenfall, daß Frau Wege mit den Worten: „Was geht mich Ihr Mann an", kurz und bündig abgefertigt wurde. Darauf wurde die Frau von dem Manne angefaßt mit den Worten: „Gehn Sie hinaus!" Die Frau beharrte auf ihrer Frage und wurde hierauf eingesperrt."

Kein Richter in der Ebert-Republik wird diese Mißhandlung unter Anklage stellen. Und was werden die **Gerechtigkeitsapostel von der Zweiten und Zweieinhalbten Internationale tun?** Auch sie haben nichts übrig für proletarische Revolutionäre, **ihr Herz gehört voll und ganz der konterrevolutionären Verbrecherbande,** die mit Kuraregift Führer des Proletariats gemeuchelt hat.

Die Arbeiterschaft darf nicht ruhen, bis die tapfern Vorkämpfer des Proletariats endlich aus ihrer entsetzlichen Lage befreit sind. Immer machtvoller muß die Forderung erhoben werden:

Heraus mit den politischen Gefangenen!
Amnestie für alle proletarischen Opfer der Klassenjustiz!

„Burgfriede zwischen Bolschewisten und Kapitalisten"

Ein neuer Lügenfeldzug der USPD.

Die 2½. Internationale hat einen Feldzug begonnen. Gegen wen? Gegen das Kapital, das überall den Angriff gegen die Arbeiterklasse führt? Nein! Davon ist keine Rede. Also vielleicht gegen die 2. Internationale, die in einer Reihe von Ländern sich in offenem Bündnis mit der Bourgeoisie befindet? Gefehlt! In ihrer Erklärung über den Zerfall der Reparationskommission suchen die Adler, Brake und Crispien zwar zu manövrieren; sie sprechen von der Schuld der 2. Internationale, wie der Kommunistischen, um zu zeigen, wie in dieser Welt der Ungerechtigkeit und der Sünde inmitten die 2½. steht, das Bild der Tugend, des guten Willens, der Enthaltsamkeit, des Vegetarismus und aller anderen Dinge, die einen Mann schmücken. Aber ein Blick in die Presse der 2½. Internationale zeigt, daß das ein ganz gewöhnlicher Schwindel ist, die Geste des Pontius Pilatus, der sich die Hände in Unschuld wäscht.

Ausgesucht plump und dumm ist der unabhängige Schwindel, den Crispien in einem Artikel in der „Freiheit" verzapft und den natürlich auch der Hallische USPD.-Kläffer nachbellt. Der Artikel ist ein einziges Lügenragout, durch das nur bewiesen wird, daß zwischen den offiziellen Stinnessozialisten, die mit Hermes und Poincaré die deutschen Arbeiter ausplündern, und den Unabhängigen vom Schlage Crispien, die dasselbe tun, nur mit heuchlerischeren Methoden, wie das vorgestern wieder im Reichstag beim Hermes-Vertrag der Fall war, kein Unterschied ist. Es ist gut, daß die Crispine endlich ihre heuchlerische Maske lüften, weil dadurch die Arbeiter auch die Herren der 2½. Internationale ohne die geringste Sentimentalität zu behandeln lernen. Dieser Artikel Crispiens verdient mit unserer Antwort als Flugblatt gedruckt zu werden, damit jeder ehrliche USPD.-Arbeiter erfährt, wer seine Führer sind. Crispien berichtet in seinem Lügenragout, daß Sowjet-Rußland in Genua ein Abkommen mit den kapitalistischen Regierungen getroffen hat, indem sich alle Vertragschließenden verpflichten, innerhalb der nächsten sieben Monate auf jeden Angriff gegeneinander zu verzichten, wie auch zu verzichten auf jede Propaganda, die sich gegen die staatlichen Einrichtungen einer der vertragschließenden Seiten richtet. Ueber diesen Vertrag schreibt Crispien folgendes?

„Mit der Vereinbarung des Burgfriedenspakts zwischen dem bolschewistischen Rußland und einer Reihe von kapitalistischen Staaten **haben die Bolschewisten dasselbe getan, was die Rechtssozialisten 1914 getan haben: Einstellung des revolutionären Klassenkampfes auf der ganzen Linie und Anbahnung von Arbeitsgemeinschaften mit Kapitalisten.**

Die Regierungsbolschewisten haben sich gegenüber anderen kapitalistischen Regierungen nicht nur verpflichtet, **jede Tätigkeit für die internationale proletarische Einheitsfront zur Forderung der proletarischen Weltrevolution einzustellen, sie haben sich** darüber hinaus verpflichtet, **jede proletarische Bewegung auch in ihrem eigenen Lande zu unterdrücken,** durch die der politische status quo, d. h. der Bestand der kapitalistischen Regierungen, in den anderen am Vertrag beteiligten Staaten bedroht werden könnte.

Damit haben die Regierungsbolschewisten einen Trennungsstrich gezogen zwischen sich und dem internationalen Proletariat. Sie haben damit nur erneut bestätigt, daß die Regierungspolitik der Bolschewisten andere Wege verfolgen muß, als die sozialistische Bewegung."

Wir fordern jeden USPD.-Arbeiter auf, diesen Satz sorgfältig zu lesen! Er besagt:

Es ist ein Verrat am Proletariat, wenn die Sowjet-Regierung sich verpflichtet, die kapitalistischen Staaten nicht zu überfallen, und dafür von ihnen die Verpflichtung erhält, daß auch sie Sowjet-Rußland nicht überfallen. — Nun bitten wir jeden Leser der USPD.-Presse, sich zu erinnern, wie diese Presse jede aggressive Tat der Sowjet-Regierung, mochte sie noch so sehr der Wahrung der Interessen der russischen Sowjet-Republik dienen, als einen kommunistischen Imperialismus brandmarkte. Sowjet-Rußland darf also unter keinen Umständen einen kapitalistischen Staat überfallen, denn das bedeutet, zu versuchen, den Kommunismus auf der Spitze der Bajonette in ein fremdes Land hineinzutragen, wogegen die USPD. immer protestierte. Was bedeutet dann die Anklage gegen die Sowjet-Regierung, daß sie sich verpflichtet, auf jeden Ueberfall auf andere Staaten zu verzichten? Entweder also hat die USPD.-Presse die Arbeiter beschwindelt, als sie vom kommunistischen Imperialismus faselte und von der Sowjet-Regierung den Verzicht auf jeden militärischen Angriff forderte, oder sie schwindelt jetzt, wenn sie es einen Verrat an Arbeiterinteressen nennt, daß die Sowjetregierung sich verpflichtet hat, die kapitalistischen Staaten nicht anzugreifen. Wir wollen die Leser der USPD.-Presse trösten: die „Freiheit" schwindelte früher, und sie schwindelt jetzt. Es ist klar, daß ein proletarisches Staatswesen vom Standpunkt der proletarischen Interessen das Recht hat, die kapitalistischen Staaten zu überfallen, wenn es die Kraft dazu hat, ebenso wie die Arbeiter **ein Recht haben, bei guter Konjunktur in den Streik zu treten.**

Bestätigung des „Moratoriums"

Der Reichskanzler hat auf seine Note, alles zu erfüllen, was die Reparationskommission wünscht, von dieser bereits eine Antwort erhalten, die in ihrem wesentlichen Teile wie folgt lautet:

Die Reparationskommission hat das Schreiben des deutschen Reichskanzlers vom 28. Mai aufmerksam geprüft, in welchem die Maßnahmen mitgeteilt werden, welche die deutsche Regierung bereits ergriffen hat, und die weiteren Maßnahmen, zu denen sie sich verpflichtet, um den Bedingungen zu genügen, welche von der Kommission in dem Schreiben vom 21. März und 13. April hinsichtlich des teilweisen Aufschubs für die während des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen gestellt worden sind. Die Kommission bedauert, daß die deutsche Regierung mit diesen Maßnahmen nicht eher begonnen hat. Sie erkennt aber in Berücksichtigung der von der deutschen Regierung gegebenen Erklärungen an, daß das, was die deutsche Regierung bereits getan hat, und die neuen Maßnahmen, zu deren Ergreifung sie sich verpflichtet, eine ernstliche Anstrengung bilden, um den Forderungen der Kommission zu entsprechen. Infolgedessen beschließt sie, den am 21. März bewilligten vorläufigen Aufschub für einen Teil der während des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen zu bestätigen.

Die Kommission nimmt davon Kenntnis, daß wegen der Einzelheiten verschiedener Abmachungen zur Erfüllung der von der Kommission gestellten Bedingungen ein Benehmen zwischen der deutschen Regierung und dem Garantiekomitee stattfinden wird. Sie vermerkt andererseits, daß die Vorschläge hinsichtlich der schwebenden Schuld von der deutschen Regierung nur für den Fall als geeignet betrachtet werden, in die Praxis umgesetzt zu werden, daß Deutschland eine ausreichende Unterstützung durch eine auswärtige Anleihe erhalten kann.

Die Reparationskommission muß darauf hinweisen, daß der hiermit bestätigte Aufschub gemäß dem Schluß des letzten Abschnittes der Entscheidung Nr. 1831 in jedem Augenblick widerrufen werden kann, falls die Kommission später zu der Ueberzeugung gelangt, daß Deutschland es an der Erfüllung der festgesetzten Bedingungen fehlen läßt.

Unbeschadet ihrer allgemeinen Befugnisse, welche sie sich in dem genannten Abschnitt vorbehalten hat, behält sich die Kommission ausdrücklich das Recht vor, den Aufschub zu widerrufen, falls sie zu irgendwelchem Zeitpunkt von dem Fortschritt der Regelung der noch in Schwebe befindlichen Fragen nicht befriedigt sein sollte, oder falls Deutschland in Ermangelung der von ihm gewünschten Hilfe mittels einer auswärtigen Anleihe die in dem Schreiben des Reichskanzlers vom 28. Mai 1922 hinsichtlich der Begrenzung der schwebenden Schuld im einzelnen aufgeführten Maßnahmen nicht ausführen, und andere Abmachungen zur Regelung der Fragen des Fehlbetrages im Haushalt und der schwebenden Schuld nicht in einer die Kommission befriedigten Weise statt dessen zustande kommen sollten.

*

Die deutsche Regierung hat in dem Schreiben vom 28. Mai alle Bedingungen, die die Reparationskommission gestellt hat, angenommen. Sie hat sich verpflichtet, die schwebende Schuld nicht über den Stand vom 31. März zu vergrößern, die Banknotenpresse stillzulegen und eine verschärfte Bankkontrolle zuzulassen und alle Ausgaben durch neue Steuern oder eine innere Anleihe aufzubringen. **Die Reparationskommission** beantwortet diese Note damit, daß der bisher bestehende Zustand bei den Reparationszahlungen weiter bis auf Widerruf aufrechterhalten wird, d. h. Deutschland muß 720 Millionen Goldmark jährlich zahlen und für 1450 Millionen Goldmark Sachleistungen aufbringen. Für den Moment bedeutet die Antwort der Reparationsnote nicht die geringste Entlastung in der Reparationszahlung, da eine Auslandsanleihe vorläufig nicht gegeben ist. **Dagegen ist die Reparationskommission jederzeit in der Lage, noch mehr Zahlungen und Sachleistungen zu verlangen,** wenn nach ihrer Ansicht Deutschland den übernommenen Verpflichtungen nicht genügend nachkommt. Die deutsche Regierung muß alle Anstalten treffen, um durch Steuern die Ausgaben zu decken, während die Verhandlungen über die Auslandsanleihe sich noch in die Länge ziehen können. Schon jetzt laufen Meldungen ein, die besagen, daß Frankreich die übernommenen Verpflichtungen nicht genügen und die amerikanischen und holländischen Bankiers vor Gewährung einer Auslandsanleihe das ganze Reparationsproblem aufrollen wollen.

Eines steht bei diesen Dingen nur fest: die deutsche Regierung bereitet einen neuen Steuerraubzug gegen die deutsche Arbeiterschaft vor, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Kampf gegen diese neuen Steuern und gegen die Steuerlast überhaupt ist die nächste Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft.

Furchtbares Grubenunglück in Essen

17 Tote, 25 Verletzte und 8 Vermißte

Auf der Zeche „Helene und Amalie" im Bergrevier Essen I fand in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni eine schwere Explosion unter Tage statt. 17 Tote und 25 Verletzte sind geborgen, 8 Mann werden noch vermißt. Die Explosion erfolgte zwischen der 6. und 7. Sohle. Da die Explosion in die Hauptwetterstrecke der 7. Sohle hineingeschlagen ist und hier starke Verheerungen angerichtet hat, gestaltet sich die Rettung der Verletzten und die Bergung der Toten außerordentlich schwierig. Die Rettungsmannschaften können namentlich nicht, wie sonst üblich, mit dem einziehenden Wetterstrom, der die Explosionsgase vor sich hertreibt, vordringen, sondern mußten von der Wettersohle aus den Gasen entgegengehen und die Verunglückten und Toten aufwärts zur 6. Sohle transportieren. Genauere Feststellungen müssen der Bergbehörde vorbehalten bleiben. Die amtliche Untersuchung ist nach einer Mitteilung des Grubenaufsichtsamts im Handelsministerium eingeleitet.

Gestern wurden drei Tote gemeldet, heute muß man amtlich in trockenen Worten zugeben, daß es sich um eine furchtbare Grubenkatastrophe handelt, die den Tod und die Verstümmelung von 50 Proletariern forderte. Es ist unmöglich, heute schon ein endgültiges Urteil über die Ursache dieser Katastrophe zu geben. Doch man wird nicht fehlgehen, daß, wie bei allen Unglücksfällen auf dem Schlachtfelde der Arbeit, auch hier die Profitsucht des Kapitals an der Katastrophe Schuld trägt. Das Vorhandensein von großen Gasmengen in den Kohlenbergwerken läßt immer darauf schließen, daß die Luftzuführung eine mangelhafte ist. Das Grubenkapital, das derartige Riesenprofite einheimst, daß es, wie beispielsweise Stinnes, mit seinen überschüssigen Milliarden die halbe Welt aufkaufen kann, spart natürlich an den notwendigen Schutzvorrichtungen immer. Die Untersuchungen der staatlichen Aufsichtsbehörde melden dann hinterher in der Regel, daß „alles in Ordnung" war, oder schlimmstenfalls bringen sie einen unteren Aufsichtsbeamten oder Arbeiter, dem sie ein Versehen nachweisen können, ins Zuchthaus, während die Hauptschuldigen, die Aktionäre, mit einem Achselzucken über die ganze Angelegenheit hinweggehen.

50 Proletarier zerrissen und zerstümmelt, namenloses Elend über Hunderte von Familienangehörigen! Was stört das den Kuponabschneidern, den Börsenspekulanten! Wie hoch steht der Kurs, das ist die Hauptsorge. Das Menschenreservoir ist ja unerschöpflich und neue arbeitsuchende Proleten stehen vor den Toren. Das ist die kapitalistische Gesellschaft, für deren Wiederaufbau die Referenten aller Schattierungen von der SPD. bis zu den Deutschnationalen sich ins Zeug legen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220602-14/fragment/page=0001

um ihren Lohn zu erhöhen auf Kosten der Kapitalisten. Und es ist ebenso klar, daß ein proletarischer Staat ein Interesse hat, solange er nicht stärker ist, als die anderen, den Frieden zu wahren und sich den Frieden zu sichern — durch diplomatische Abkommen, wenn sie zu erreichen sind. Das ganze Gerede des Crispien bedeutet nur eins: Weil die Zweieinhalbte in Brüssel ein Bündnis mit der Zweiten geschlossen hat, so mußte ein neuer Vorwand zum Angriff auf Sowjet-Rußland gesucht werden.

Der zweite Vorwurf des braven Crispien geht darauf hin, daß sich die Sowjetregierung verpflichtet habe, die Propaganda gegen die kapitalistischen Staatseinrichtungen einzustellen, keine Geldmittel für diese Propaganda zur Verfügung zu stellen und die Vorbereitung der Gewaltstreiche gegen die anderen Regierungen auf ihrem Territorium nicht zu dulden. Die kapitalistischen Staaten haben dieselben Verpflichtungen Sowjet-Rußland gegenüber übernommen.

Nun fragen wir die letzten Leser der USPD.-Presse: ist ihnen nicht bekannt, daß die Sowjetregierung schon in ihrer Maienblüte in dem Breiter Vertrag sich verpflichtet hat, auf jede Propaganda usw. zu verzichten? Ist es ihnen nicht bekannt, daß Genosse Joffe, der Vertreter der russischen Sowjetregierung in Berlin, von der Regierung des Prinzen Max von Baden aus Berlin ausgewiesen worden ist unter der Anklage, daß er diese Verpflichtung gebrochen hat? Und ist es den Lesern der USPD.-Presse bekannt, daß — als der jetzige Chefredakteur der „Freiheit", Dittmann, im November 1918 nach der Revolution zusammen mit seinen Parteigenossen Haase und Barth in die Regierung der Volksbeauftragten eintrat — sie bei den Verhandlungen mit der Sowjetregierung, die Haase durch Fernschreiber führte, als eine Bedingung für die Wiederaufnahme der Beziehungen die Forderung stellten, die Sowjetregierung solle auf jede Propaganda verzichten? Wir erinnern die Leser, wie oft die USPD.-Presse Sowjet-Rußland anklagte, daß es Geld gebe für die Propaganda in anderen Ländern, wie oft machte sie den Kommunisten in anderen Ländern einen Vorwurf daraus, daß sie vom „russischen Golde" leben. Es gab für die USPD. kein größeres Verbrechen, als das Moskauer Gold und die Moskauer Propaganda, und jetzt auf einmal: Mörder und Räuber, weil die Sowjetregierung sich noch einmal verpflichtet, wie sie sich in allen bisherigen Friedensschlüssen mit kapitalistischen Staaten verpflichten mußte, daß sie auf jede Propaganda verzichten wird. Man erinnere sich, wie die „Freiheit" zusammen mit dem „Vorwärts" und der ganzen bürgerlichen Presse darüber zeterten, die Märzkämpfe seien von Moskau aus angezettelt. Jetzt zetert sie darüber, daß die Sowjetregierung zum hundertsten Male erklärt, daß sie nicht erlauben wird, von Moskau aus Putsche zu organisieren.

All diese verlogenen, unehrlichen Angriffe, bei denen jeder denkende Arbeiter sich sagen muß, die Crispiens, die das schreiben, glauben keinen einzigen Augenblick daran, was sie schreiben, gipfeln in der Behauptung, Sowjet-Rußland habe sich mit den Kapitalisten ausgesöhnt, und darum dürfe es jetzt für keinen Arbeiter-Weltkongreß eintreten. Die Scheidemänner, die in einer Regierung mit dem Zentrum und den Demokraten sitzen, sie können im Haag einen Arbeiter-Weltkongreß organisieren! Herr Branting, der sozialdemokratische Premier der bürgerlichen Regierung Schwedens, der gehorsame Diener des schwedischen Königs, er hat freie Hand zur Organisation eines Arbeiter-Weltkongresses! Nur der Kompromißler Lenin sitzt in so dicker Freundschaft mit der kapitalistischen Welt, daß er sich nicht auf die Karte stellen kann. All dies Gerede ist so plump, so blöd, daß man darüber nur lachen könnte, wäre nicht die Tatsache vorhanden, daß das Proletariat erlaubt, für sein Geld dies alles zu drucken. In Genua ist kein Kompromiß geschlossen worden zwischen Sowjet-Rußland und der kapitalistischen Welt. Umgekehrt: die Verhandlungen in Genua verliefen resultatlos, weil die kapitalistische Welt von der Sowjetregierung die Rückgabe der Fabriken an die ausländischen Kapitalisten forderte, was von der Sowjetregierung abgelehnt worden ist. In Genua ist kein Kompromiß geschlossen worden, weil die kapitalistische Welt von der Sowjetregierung Tribute forderte, die dem russischen Volke aufzuerlegen die Sowjetregierung abgelehnt hat. Eben weil bisher kein Friede geschlossen worden ist, weil der diplomatische Kampf weitergeht, wurde ein siebenmonatiger Waffenstillstand geschlossen. Nun, daraus ergibt sich, daß, wenn es wahr wäre, was die 2. und 2½. Internationale immer behauptet haben, daß die Kommunistische Internationale nur ein Werkzeug der Sowjetregierung ist, daß sie die Losung des Arbeiter-Weltkongresses nur darum aufgestellt hat, um der Sowjetregierung in ihrem diplomatischen Kampfe zu helfen, daß dann doch die Sowjetregierung eben jetzt, wo entscheidende Kämpfe kommen, die über die Zukunft der russischen Sowjetrepublik entscheiden werden, mit allen Kräften für die Einberufung des Arbeiter-Weltkongresses eintreten müßte. Wir sagen also: selbst vom Standpunkt der Lügen, die die 2. und 2½. Internationale gegen Sowjet-Rußland immer verbreitet haben, ist alles das, was sie jetzt schreiben, über die Bindung der Sowjetregierung gegen die Einberufung eines Arbeiter-Weltkongresses eine tölpelhafte Lüge, eine bewußte Lüge, die sie so laut in die Welt hinausschreien, um ihr eigenes Gewissen zu übertönen.

Je sinnloser die armen Wichte Sowjet-Rußland und die Kommunistische Internationale verleumden, desto schneller werden sich die Augen ihrer Anhänger öffnen über den Lug und Trug, der ihnen in ihren Blättern aufgetischt wird. Und wir Kommunisten werden diese Lügen strafen, indem wir trotz alledem und alledem festhalten an dem Gedanken, daß die Arbeiter ohne Rücksicht ihrer Partei in jedem Lande besonders und international dazu zusammenkommen müssen, um über ihre nächsten Aufgaben zu beraten und eine gemeinsame Front gegen den Kapitalismus aufzurichten.

Das Reichsgericht gegen das preußische Polizeiministerium

Der Heinesche Schießerlaß gesetzwidrig

Der sozialdemokratische Exminister Wolfgang Heine ist der Vater des berüchtigten Schießerlasses, der es jedem Polizeibeamten erlaubte, einen Gefangenen, der ihm fluchtverdächtig erschien, über den Haufen zu schießen. Auf Grund dieses Erlasses sind viele proletarische Revolutionäre, aber auch viele arme Sünder, Straßenhändler und dergleichen, von Polizeibeamten niedergeschossen worden. Jetzt hat das Reichsgericht den schmachvollen Schießerlaß Heines für gesetzwidrig erklärt.

Für die auf Grund des Erlasses erschossenen Arbeiter ist es selbstverständlich, ob sie „gesetzlich" oder „gesetzwidrig" ermordet worden sind. Wird aber der Sozialdemokrat Heine nun zur Verantwortung gezogen werden wegen seiner „gesetzwidrigen" Aufforderung zur Ermordung von Arbeitern?

Das Reichsgericht hat den Schießerlaß für gesetzwidrig erklärt. Wird ihn nun endlich der ehemalige Arbeiter Severing aufheben? Als getreuer Knecht der Bourgeoisie „prüft" er bereits seit Wochen, ob das möglich ist. Die Blutmenge der Konterrevolution braucht von Zeit zu Zeit blutige Proletarierleichen. Ein Sozialdemokrat als Minister darf dagegen nicht löschen. Darum wird die „Prüfung" noch lange dauern; und das endliche Resultat wird ein Schießerlaß in neuer Auflage sein.

Die USPD. als Regierungspartei

Nachdem die USPD. — zum wievielten Male? — das Kabinett der kapitalistischen Erfüllungspolitik, der Steuerraubzüge und der immer erneuten Ausbeutungspläne gerettet hatte, konnte man gespannt sein, wie die USPD.-Presse diese unerhörte Abkehr von den Interessen des arbeitenden Volkes verteidigen würde. Man schweigt! In ein paar nichtssagenden und läppischen Sätzen wird beschrieben, was sich im Reichstag abgespielt hat, aber man hütet sich wohl, der Beschreibung eine politische Erklärung beizufügen. Bemerkenswert ist es, daß man sich sogar davor scheut, gegen die Kommunisten zu polemisieren, die der Regierung Wirth natürlich das Vertrauen versagten. Das erscheint begreiflich, denn selbst die „Freiheit" hält sich genötigt, im Interesse des politischen Geschäfts gegen die Reparationsnote derselben Regierung Wirth zu polemisieren, die die USPD. am Tage vorher aus der Pfanne gehauen hat. Zur Reparationsnote schreibt die „Freiheit":

„Die deutsche Regierung stellt neue Steuern in Aussicht. Sicher werden die Besitzenden erneut versuchen, die Mittel zur Erfüllung aus der arbeitenden Bevölkerung herauszupressen. Das kann die werktätige Bevölkerung nicht sich ergehen lassen. Insofern birgt das Erfüllungsprogramm der Regierung, die sich immer als willfährige Dienerin der Kapitalsinteressen erwiesen hat, auch innere Gefahren, an denen sich auch die kaum gedämpften Flammen der auswärtigen Rüstungen aufs neue entfachen würden.

Also die werktätige Bevölkerung kann sich das Vorgehen der Besitzenden nicht gefallen lassen. Die Regierung ist die willfährige Dienerin dieser Besitzenden. Alles sehr schön und sehr richtig! Warum in aller Welt unterstützt dann die USPD. seit Jahr und Tag diese Regierung? Warum hat sie sie gestern aufs Neue gerettet? Halten die Herrschaften vielleicht die Arbeiter für so dumm, daß diese den Widerspruch nicht bemerken, der zwischen Worten und Taten der USPD. klafft?

Die Haltung Crispiens im Reichstag scheint übrigens Differenzen in der USPD.-Fraktion ausgelöst zu haben. Der über den Kurs der USPD. sehr entzückte „Vorwärts" schreibt:

Schließlich soll der Dienst, den Crispien der Regierung leistete, indem er ihren Wunsch, die Pariser Verhandlungen jetzt noch zur Sprache zu bringen, unterbrüte, in den Reihen der Unabhängigen Widerspruch gefunden haben.

Aber nicht nur der „Vorwärts" weiß den Dienst Crispiens zu schätzen. Die „Zeit", das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, schreibt über die Rolle der Unabhängigen folgendes:

Die Unabhängigen . . . stellten sich dem sonst so blutig und meist so unvernünftig bekämpften Kabinett Wirth-Hermes als artige Regierungspartei zur Verfügung, die erst dann in eine Besprechung der Reparationsnote eintreten wolle, wenn „die Regierung in der Lage sein wird, hierüber eine Erklärung abzugeben". Besser hätte es das Zentrum auch nicht machen können, und deswegen stimmten die Koalitionsparteien freudig und erleichtert dem Crispienschen Antrage zu.

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt:

„Ausgerechnet im Zeichen Crispiens, auf Grund eines Verlegenheitsantrages dieses geistig fast Beschränktesten der Usepeter gelang es dem Kabinett, sich vor dem drohenden Unwetter einer Aussprache über seine neueste Notenleistung in die Pfingstferien zu retten. Es ist nicht das erste Mal, daß man in parlamentarischen Sturmesnöten dankbar und genugsam nach der nicht gerade zufällig daherschwimmenden unabhängigen Rettungsplanke greift; und es wird auch nicht das letzte Mal sein.

Es wird also bei Gegnern und Freunden der Regierung in voller Uebereinstimmung festgestellt, daß die Unabhängigen sich diesmal das allergrößte Verdienst um den weiteren Bestand des Erfüllungskabinetts erworben haben.

Diese unabhängige Politik hat zur Folge, daß die Kapitalisten ungehemmt ihre Ausbeutungspläne in die Tat umsetzen können. Das Steuerkompromiß z. B., das nur Wirklichkeit werden konnte, weil die USPD. die Regierung dieses Steuerkompromisses durch dick und dünn verteidigte, beginnt bereits seine furchtbaren Wirkungen auszuüben. Die unabhängigen Arbeiter, deren Widerstand gegen die Folgen der Erfüllungspolitik im Winter bereits zu der bekannten Krise innerhalb der USPD. geführt hat, werden zweifellos nicht gewillt sein, im Interesse der Erfüllungspolitik ihrer Parteiführer zu hungern und zu darben. Sie erkennen, daß Crispien nicht um einen Deut besser ist als Breitscheid und Hilferding. Und sie werden daraus die Konsequenzen ziehen!

Die „Opposition" der Rechtsparteien

Der Mißtrauensantrag, den die Rechtsparteien vorgestern gegen die Regierung eingebracht hatten, tat ihnen gestern schon wieder leid. Die führenden Blätter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei fallen in geradezu auffälliger Weise über den deutschnationalen Parteiführer Hergt her, von dem der Mißtrauensantrag ausging. Mißtrauensvotum zu stellen, schreibt die „Deutsche Tageszeitung", habe keinen Zweck, wenn man im voraus wisse, daß sie nicht angenommen würden. Es bestehe sogar die Gefahr, daß die Stellung der bekämpften Regierung dadurch sehr gefestigt werde. Die „Tägliche Rundschau" spricht von einem Messer ohne Heft, dem die Klinge fehlt, von einer Komödie der Irrungen. Man erfährt auch, daß Helfferich und ein Teil der Fraktion der Volkspartei der Abstimmung ferngeblieben ist.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß diese taktischen Erwägungen wirklich die Ursache der Schwenkung seien. Es verhält sich jedoch anders. Auch Anträge, die keine Mehrheit finden, können einen taktischen Zweck und Nutzen haben im Rahmen eines systematischen parlamentarischen Kampfes. Die wirkliche Sachlage verrät die „Deutsche Tageszeitung", wo sie schreibt, daß weite Kreise, die die Regierungspolitik mißbilligen, trotzdem den Sturz der Regierung für unzweckmäßig halten würden. Die Rechtsparteien wollen und können heute keinen wirklichen Kampf gegen die Wirth-Regierung führen. Sie wollen nicht, weil die Regierung ihnen innerpolitisch in jeder Weise zu Willen ist. Sie können nicht, weil sie sich außenpolitisch ebensowenig der Versailler Schlinge entwinden könnten, wie jene. Die deutschnationalen Vorstöße sind daher weiter nichts mehr als Bluff und werden nur noch ernst genommen von den Unabhängigen, die, indem sie die Republik vor der Reaktion zu retten wähnen, damit die Geschäfte der Bourgeoisie als Ganzes besorgen.

Poincarés Rede über Genua

In der französischen Kammer hielt Poincaré eine der gewohnten nichtssagenden Gemeinreden der Ententestaatsmänner. Er betonte die Friedensliebe Frankreichs und wies die Anklage, die französische Regierung habe versucht, die Genueser Konferenz zu sprengen, zurück. Wenn die politische Konferenz Schiffbruch gelitten habe, denn habe wenigstens die Wirtschafts- und Finanzkonferenz Erfolg gehabt.

Wie Lloyd George in seiner vorgestrigen Rede, so hat sich auch Poincaré ängstlich gehütet, auf die realen Probleme Europas, auf die Reparationsfrage und auf die Rußlandsfrage näher einzugehen. Poincaré, der das Ergebnis von Genua mit Recht als einen Erfolg seiner Politik betrachtet, wird mit seinen ultraimperialistischen Gegnern in Frankreich leicht fertig werden. Die wirkliche Gefahr, die dem imperialistischen Frankreich in der Reparationsfrage droht, besteht in einer für die französischen Forderungen ungünstige Stellungnahme des amerikanischen Arbeiterkomitees, das den Vertrag von Versailles für undurchführbar halten soll. Darüber ist aber vorläufig noch kein offizielles Wort gesagt worden.

Schlechte Aussichten für Auslandkredite

Nach bewährtem österreichischen Muster wurde in den letzten Tagen herausposaunt: „Die Anleihe kommt, sie ist schon so gut wie gesichert!" Nun stellt es sich heraus, daß die Auslandsanleihe wahrscheinlich nicht kommt. Die optimistischen Berichte über die Verhandlungen des Morgan-Komitees dienten bloß dazu, die bittere Pille der Erfüllung augenblicklich zu versüßen. Nun ist sie geschluckt. Wie „Oevre" meldet, wird das Anleihekomitee nächstens einen Bericht veröffentlichen, in dem es erklären wird, „daß gegenwärtig weder Deutschland noch Europa ein Kredit eröffnet werden könnte".

Die Bankiers sehen erstens die Kreditfähigkeit Deutschlands durch eine provisorische Lösung der Reparationsfrage keineswegs gesichert, erblicken die Kriegsgefahren in Europa nicht als beseitigt und wollen in ihren europäischen Geldkolonien eine viel strammere Kapitalistenwirtschaft sehen. Was das letztere anbetrifft, sind Rathenau und SPD. bestrebt, diese Wünsche zu erfüllen. In den übrigen Punkten müßte auch Frankreich „Opfer bringen".

Absage für den Haag

London, 1. Juni. (WTB.) Einer „Times"-Meldung aus Neuyork zufolge hat das amerikanische Staatsdepartement mitgeteilt, daß eine nicht formelle Einladung zur Teilnahme an der Haager Konferenz von den alliierten Botschaftern übermittelt worden sei, daß die amerikanische Regierung jedoch unter Wiederholung ihrer Ansicht, daß der Haag nur die Fortsetzung der Genueser Konferenz sei, erwidert habe, sie sehe keine Möglichkeit, die Einladung anzunehmen.

Paris, 1. Juni. (WTB.) Die französische Regierung hat gestern eine erste Antwort auf die Einladung der italienischen Regierung zur Konferenz im Haag erteilt. Diese Antwort ist eine Empfangsbestätigung, in der mitgeteilt wird, daß die französische Regierung demnächst ihre endgültige Entscheidung treffen und ihre Ansicht darüber kundgeben wird, unter welchen Bedingungen diese neue Konferenz die Verhandlungen über die russische Frage wieder aufnehmne solle. Nach „Petit Parisien" wird ein Memorandum ausgearbeitet werden, das jedenfalls an alle Mächte übermittelt wird, die im Haag vertreten sind. Es sei wahrscheinlich, daß dieses neue Dokument der französischen Note vom 19. Februar über die Bedingungen der Konferenz von Genua ähnele.

*

Nach dieser strikten Ablehnung Amerikas erscheint es höchst zweifelhaft, wie es auch aus der vorstehenden Meldung hervorgeht, ob Frankreich und Belgien an der Konferenz teilnehmen werden.

Skagerrak-Rummel in Hamburg

Attentat auf die „Hamburger Volkszeitung"

Hamburg, 2. Juni. Die Skagerrak-Verbrecher haben noch in der Nacht, nachdem sie ihre Heldentaten in Hamburg unter Führung des Reichstagsabgeordneten Wulle gefeiert hatten, ein Attentat auf unsere Hamburger „Volkszeitung" unternommen. Diese Bande, die aus Kapp-Offizieren und -Mannschaften zusammengesetzt war, versuchte das Parteigebäude der KPD. in Brand zu setzen. Mittels einer Zündschnur wurde Feuer in die Schaufenster gelegt, die zertrümmert wurden. In der Nacht wurde auf dem Bohlsdorfer Friedhof am Denkmal der Revolutionsopfer Hamburgs eine Zündschnur entdeckt, die aus Nitroglyzerin bestehend, durch die Feuchtigkeit nicht entzündet werden konnte. Dadurch hätte nicht nur das Denkmal, sondern auch ein in der Nähe liegendes Direktionsgebäude in die Luft gesprengt werden können. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Hindenburg-Rummel in Ostpreußen

Elbing, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die nationalistischen Demonstrationen in Westpreußen dauern fort. Hindenburg ist jetzt auf seiner Agitationsreise für die Deutschnationalen auch nach Elbing gekommen. Hier war alles gut vorbereitet. Als der General ankam, brachen die bereitgestellten Schulkinder und Vereine in Hurra-Rufe aus. Darauf schritt Hindenburg in Ermangelung anderer Ehrungen die Front der Kinder und Veteranen ab. Sodann begab er sich nach der Fischerwerft. Hier hat ihn nach einer Meldung des deutschnationalen „Berliner Lokalanzeiger" kein Arbeiter begrüßt.

*

Diese Demonstrationen sind ein Beweis für die Frechheit, mit der die Deutschnationalen vorgehen. Die Reaktion herrscht unumschränkt in der Ebert-Republik. Es ist an der Zeit, daß sich das Proletariat zu ernsthaften Taten gegen die Konterrevolution aufrafft. Taten, wie das Attentat der Skagerrakverbrecher muß das Proletariat heimzahlen. Die revolutionäre kämpfende Einheitsfront gegen die Reaktion muß schleunigst herbeigeführt werden, wenn es nicht eines Morgens ein schreckliches Erwachen für das Proletariat geben soll.

Belagerungszustand in Oberschlesien

Beuthen, 2. Juni. Die Unruhen greifen weiter um sich. Wie WTB. berichtet, werden vielerorts die Personenzüge angehalten. Banden verschleppen deutsche Reisende. Aus Grubenbetrieben werden Beamte und Arbeiter verjagt. In Schrau wurde das Haus des Stadtblattes demoliert. Frauen werden überfallen und schwer verwundet. 3000 Banditen versuchten Rybnik zu überfallen. Die Italiener stellten sich ihnen entgegen und vertrieben sie. Ueber die meistgefährdeten Orte und Landkreise wurde der Belagerungszustand verhängt und jeder Verkehr nachts untersagt. Die Gewerkschaften vereinigten sich zu gemeinsamen Abwehrmaßnahmen.

Gleiwitz, 1. Juni. Heute hat die interalliierte Kommission über den Stadt- und Landkreis Gleiwitz, Kreis Hindenburg und Rybnik den Belagerungszustand verhängt. Auch hier müssen Lokale spätestens um 9 Uhr abends schließen. Der Straßenverkehr ist zwischen 10 und 5 Uhr nachts verboten. Die Zeitungen in dem Gebiet, über das der Belagerungszustand verhängt ist, wurden unter strenge Zensur gestellt.

Boldrini zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt!

EP. Mailand, 1. Juni. Vor dem Geschworenengericht in Mailand wurde heute oder der Prozeß gegen die Urheber des Bombenattentats im Diana-Theater in Mailand beendet. Die drei Hauptangeschuldigten Boldrini, Mariani und Aggazzini wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

*

Der Revolutionär Boldrini ist das Opfer der Sozialverräter Severing und Radbruch, die als Minister seine Auslieferung an die italienischen Behörden veranlaßten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220602-14/fragment/page=0002

Kautskys Selbstbekenntnis

Altmeister Kautsky läßt in Breitscheids „Sozialist" und im „Vorwärts" die Einigungsfanfaren erschallen. Es wäre ermüdend, die Banalitäten, die man von dem alten Mann neuerdings zu hören bekommt, zu wiederholen, da sie ja hinlänglich bekannt sind. Bemerkenswert ist nur, daß Kautsky eine offene Propaganda für die Einigung am Boden der SPD. innerhalb der USPD. verlangt. Sollte diese nicht den von ihm gewünschten Erfolg haben, dann, ja dann — „ist wenigstens für mich die Konsequenz klar gegeben".

Man kann also in kürzester Zeit den Eintritt Kautskys in die SPD. erwarten. Allem Anschein nach dürfte Kautsky nicht allein gehen, sondern von der stattlichen Anzahl Breitscheidemänner begleitet sein, die „mehr Realpolitik" fordern.

Kautsky hätte auch nichts dagegen, daß die Kommunisten in die „Einheitspartei" aufgenommen werden. Sie müßten sich nur „gründlich" ändern. Nun, Herr Kautsky kann ruhig schlafen, so ruhig wie er in den letzten Jahren seinen Marxismus und sozialistische Ueberzeugung verschlafen hat. Die Kommunisten werden in seine Einheitspartei nicht eintreten. Sie werden sich auch nicht ändern. Dies überlassen sie Kautsky und seinen Getreuen.

Aber die Einheitspartei des Proletariats wird erstehen, allerdings nicht durch den Eintritt Kautskys oder Hilferdings in die Noskepartei, sondern durch den unerbittlichen, kompromißlosen Klassenkrieg der Arbeiter gegen die Unternehmer und ihren Staat und seine sozialdemokratischen Knechte.

•

Nachdem der „Vorwärts" das Kautskysche Selbstbekenntnis aus dem „Sozialist" zitiert hatte, konnte die „Freiheit" nicht mehr weiter schweigen. Sie schwang sich zu einer Notiz auf, in der sie behauptet, daß Kautskys Verlangen nach der organisatorischen Vereinigung der USPD. mit der SPD. in der Partei wenig Anklang gefunden habe und finde. Sie sagt nicht, daß sie gegen die Einigung mit der SPD sei, ja, sie ist zweifellos dafür, aber wie soll man es machen? Wo ist der gemeinsame Parteiboden, da die USPD. diejenigen bekämpft, mit denen die SPD. verbrüdert ist? Das sei der springende Punkt. Die USPD. als Gegnerin der Koalitionspolitik könne sich einer Partei, die Koalitionspolitik treibt, nicht anschließen.

Der „Vorwärts" hat der „Freiheit" bereits höchst treffend geantwortet:

„Die USPD. gibt sich über sich selber einer angenehmen Täuschung hin, wenn sie sich für eine grundsätzliche Gegnerin der Koalitionspolitik hält, und dieser Irrtum wird von dem einsichtigeren Teil ihrer Anhänger längst nicht mehr geteilt. Ein grundsätzlicher Gegensatz wäre nur dann vorhanden, wenn die USPD. mit ihrer Ueberzeugung auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms stünde, dann würde „ein gemeinsamer Parteiboden" allerdings gänzlich fehlen. Die „Freiheit" geht um diese wirklich grundsätzliche Frage herum wie die Katze um den heißen Brei."

In der Tat ist es heute in der USPD. mit der Bekämpfung der Koalitionspolitik eben nichts mehr. Das Verhalten der unabhängigen Reichstagsfraktion bei der vorgestrigen Abstimmung, über das die ganze USPD.-Presse als etwas höchst Harmloses und vollkommen Gerechtfertigtes hinweggeht, straft die Notiz gegen Kautsky Lügen. In Wirklichkeit ist der gemeinsame Parteiboden vorhanden: der Uebergang vom Marxismus und Klassenkampf zu einer reformistischen und pazifistischen, in entscheidenden Situationen direkt konterrevolutionären Politik.

Offiziere als Leichenfledderer

Die gestohlene Uhr der Genossin Luxemburg

Der Prozeß gegen die früheren Offiziere Leutnant Krull und Oberleutnant Bracht wegen Diebstahls der goldenen Uhr und anderen Sachen der Genossin Rosa Luxemburg begann am Dienstagvormittag vor der Strafkammer des Landgerichts III (Moabit). Da die Verhandlung so „gründlich" vorbereitet war, wurde erst mitten in der Vernehmung der Angeklagten das Fehlen eines Beisitzers bemerkt, für den irgend ein Untersuchungsrichter einspringen mußte. Infolge dieses Zeitversäumnisses konnte die Verhandlung nicht zu Ende geführt werden und mußte auf Donnerstag, den 1. Juni, vertagt werden. Am Donnerstag wird noch ein Baltikumer, ein Orgeschleutnant Panther, vernommen, der aussagen soll, daß Krull schon 1919 die Absicht geäußert habe, die gestohlene Uhr den Angehörigen Rosa Luxemburgs wiederzugeben. Bei dieser „Absicht" ist es dann bekanntlich zwei Jahre geblieben, bis die illegalen Orgeschgelder nicht mehr reichlich genug flossen und

Krull glaubte, durch Ueberlassen der Uhr sich ein kleines Vermögen „verdienen" zu können.

Die Vernehmung der Angeklagten ergab, daß Krull bei der Verhaftung der Genossin Luxemburg, entgegen seinen früheren Aussagen, die Uhr nicht aus der Wohnung mitgenommen hat, sondern erst im Eden hotel zu ihr gekommen sei. Krull gibt an, daß er im Auftrage des Obersten Reinhardt drei oder vier Tage sich in der Wohnung der Genossin Rosa Luxemburg aufgehalten habe, um sie dort zu verhaften. Als er sah, daß sein Bleiben vergeblich war, habe er

als Trophäen einige Photographien und Dokumente mitgenommen.

Diese will er dann später verbrannt haben. Für die Uhr seien von rechtsstehenden Kreisen 12- bis 20 000 Mark geboten worden. Er habe das aber als „ehrlicher Offizier" abgelehnt.

Der zweite Angeklagte Oberleutnant Bracht, gibt an, Krull habe ihm einen Betrag von 15- bis 16 000 Mark für Auslagen geschuldet, die er bei gemeinsamen Reisen im Dienste der Roßbachtruppe gemacht hat. Krull habe ihm im Januar 1921 drei Kisten Geschirr zur Begleichung dieser Schuld überlassen. Krull erklärt, er habe viel Gelder ausgegeben für illegale Zwecke der Roßbachformationen. Bei Bracht habe er keine Schulden gemacht. Auch das Geschirr habe er ihm nur aus Gefälligkeit überlassen.

Bracht gibt an, Krull habe ihm die Papiere, die Photographien der Genossin Rosa Luxemburgs und auch die Uhr häufig gezeigt. Im Januar vorigen Jahres faßte Krull den Entschluß, die Uhr durch Bracht zur „Roten Fahne" hintragen zu lassen. Bei der „Roten Fahne" übergab er die Uhr dem Redakteur Fuchs und verlangte dafür ihm seine Auslagen für Zeit und Fahrgeld ersetzt würden. Das damalige Redaktionsmitglied erklärte sich nicht für zuständig und schickte Bracht zu Paul Levy in den Reichstag. Dort erklärte Bracht, daß in rechtsstehenden Kreisen großes Interesse für die Uhr sei und daß man ihm schon 12 000 Mark dafür geboten habe. Levy hat damals die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben.

Als Zeuge vernommen wird der Reichstagsabgeordnete Paul Levy. Zu ihm hat damals Bracht gesagt, daß die Uhr von Krull für 12 000 Mark Schulden als Pfand bei dessen Wirtin hinterlassen sei. Auch hat Bracht Papiere angeboten, die politisch wichtig sind. Selbstverständlich leugnet der Ehrenmann Bracht heute dies alles.

In seinem Plaidoyer führt der Staatsanwalt aus, daß mangels unreichenden Beweises seinerzeit die Anklage wegen Ermordung Rosa Luxemburgs bei Krull fallen gelassen sei,

daß Krull sich vom Verdacht des Mordes durchaus nicht befreien könne.

Jetzt stehe er wegen doppelten Diebstahls vor dem Gericht. Bei Bracht muß er ohne weiteres ehrlose Gesinnung annehmen, denn es sei klar, daß er die Uhr auf der „Roten Fahne" zum Kauf angeboten habe, um Geld herauszuschlagen. Krull, der sich fünf Tage mit seinen Kumpanen in der Wohnung Rosa Luxemburgs einquartiert habe, hat den Auftrag vom Regiment Reinhardt durch den Diebstahl der Papiere in ganz unverantwortlicher Weise mißbraucht. Er beantragt deshalb gegen beide je — 3 Monate Gefängnis (!!), die bei Krull durch Anrechnung der Untersuchungshaft als verbüßt (!) zu betrachten seien. Der Verteidiger Kruls erklärt, Krull sei nur das Opfer „fanatischen Hasses der Linken" und beantragt für seinen Klienten Freispruch.

Darauf wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

•

Die Mörder freigesprochen

Berlin, 2. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die Gerichtskomödie gegen die Mörder der Genossin Rosa Luxemburg hat gestern ihr Ende gefunden. Krull und Bracht sind auf freiem Fuß. Gegen den ersteren erkannte das Gericht auf 3 Monate Gefängnis. Es trifft sich gerade so, daß die Untersuchungshaft als Verbüßung der Strafe gilt. Krull befindet sich bereits heute in der goldenen Freiheit. Der Leutnant Bracht wurde zu ganzen 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Unerhört gerade ist das Verhalten dieser Lumpen und in die Begründung, die sich die Strafkammer erlaubt. Krull antwortete auf die Frage, ob er an dem Mord beteiligt gewesen sei, zynisch: „Wer hätte nicht aufgeatmet, als diese beiden Schufte ins Jenseits befördert wurden." Damit gab er den Mord offen zu. Trotzdem wurde in der Urteilsbegründung hervorgehoben, daß die beiden Offiziere unbestraft seien, daß sie im Kriege „dem Vaterlande große Dienste" erwiesen hätten, und daß sie nach dem Kriege sich zur Verfügung gestellt hätten zur „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung". Dieser Freispruch wird in den Reihen der Arbeiterschaft ungeheure Empörung hervorrufen.

Genosse Grylewicz frei

Berlin, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Fast am Schlusse der gestrigen Stadtverordnetenversammlung erschien bei einer namentlichen Abstimmung, durch lebhafte Ovationen der Kommunisten begrüßt, der nach achtwöchiger Haft entlassene Genosse Grylewicz. Am Nachmittag hatte sich das Reichsgericht mit dem Haftentlassungsantrage, den Rechtsanwalt Dr. Meienberg gestellt hatte, beschäftigt und die sofortige Haftentlassung telegraphisch angeordnet. Somit ist die ganze Hochverratsanklage restlos zusammengebrochen. Auch nicht den Schein eines Beweises konnten die Ankläger erbringen, ob Genosse Grylewicz in irgendwelchen Unternehmungen gegen die Verfassung beteiligt war.

Ein SPD.-Mann Chefredakteur eines offiziellen Stinnesorgans

Die „Donau" meldet, daß die Nachricht richtig sei, wonach der Sozialdemokrat Prof. Lensch zum stellvertretenden Hauptschriftleiter in dem offiziellen Stinnesorgan, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", aufgerückt ist, dessen Redaktion er seit langem angehört. Der Parteivorstand der SPD. werde sich mit dem Fall Lensch beschäftigen, es sei wahrscheinlich, daß das Ausschlußverfahren eingeleitet werde.

Der Ausschluß des hervorstechendsten Verfechters des Sozialimperialismus aus der SPD. ist schon längst von sozialdemokratischen Arbeitern verlangt worden. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob der Parteivorstand dem Verlangen folgen wird, denn Lensch ist Fleisch von ihrem Fleisch und betreibt mit der Feder keine andere Politik als Noske mit dem Maschinengewehr und der Parteivorstand in seiner täglichen Praxis.

Riesenprofite großkapitalistischer Zeitungsverleger

Die Ullstein-Aktiengesellschaft in Berlin hatte im letzten Geschäftsjahr einen Betriebsüberschuß von 21,09 Millionen Mark zu verzeichnen. Davon sind 2 Millionen für Werterhaltung zurückgestellt. Der bilanzmäßige Reingewinn beträgt 4,67 Millionen Mark. Die Aktionäre erhalten 20 Prozent Dividende. Trotz der Verteuerung des Papiers und der anderen Rohstoffe wissen die großkapitalistischen Zeitungsverleger noch recht bedeutende Gewinne zu erzielen.

Wie die Hohenzollern Steuern zahlen

Das Demokratische der deutschen Republik beim Steuerzahlen ist, daß die Arbeiter den Lohnabzug an direkten Steuern bezahlen müssen und daß die Bourgeoisie Steuern hinterzieht. Auch die Hohenzollern sind in dieser trefflichen Republik vom Steuerzahlen befreit. Vor kurzem ging durch die Presse die Nachricht, daß die Hohenzollern noch nicht zur Steuerzahlung herangezogen worden seien. Darauf antwortet nun das Finanzministerium, daß die Hohenzollern Steuern zu zahlen hätten, daß sie ihnen aber gestundet worden sind. Auf diese Antwort des Finanzministeriums wird sich jeder Arbeiter seinen eigenen Vers machen können.

Politischer Kehricht

Wie die „Vorwärts" mitteilt, sind nunmehr auch im Preußischen Landtag die zur USPD. übergetretenen AAG.-Leute in die unabhängige Landtagsfraktion aufgenommen worden. Es handelt sich um die Renegaten Franken, Kunze und Rusch, die sich seinerzeit bei der Kommunistischen Partei ihre Mandate erschlichen und die natürlich nicht soviel politisches Anstandsgefühl aufbrachten, um bei ihrem Abfall von der Kommunistischen Partei ihre Mandate niederzulegen. — Der Abgeordnete Paul Neumann ist nicht zur USPD. übergetreten und gehört jetzt keiner Fraktion an.

Ausland

Wahlen in Luxemburg

Luxemburg, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung). Am 28. Mai fanden in Luxemburg Nachwahlen zur Kammer statt, und zwar in zwei Kantonen. In Luxemburg selbst und im Kanton Mersch, der nördliche durchaus ländliche Teil Luxemburgs. Die Kommunisten haben sich zum ersten Male an der Wahl beteiligt und erzielten die immerhin respektable Stimmenzahl von 4991 im Kanton Luxemburg und 872 Stimmen im Kanton Mersch.

In mehreren Orten kommen die Kommunisten nahe an die Sozialisten, z. B. in Bissen hat die KPD. 313 und die Sozialisten 494 Stimmen. Natürlich ist es nicht gelungen, einen Sitz im Parlament zu erobern. Diese Möglichkeit besteht nur, wenn im industriellen Süden Luxemburgs die Wahlen stattfinden.

Diese Nachwahlen bedeuten eine Niederlage der Sozialisten. Sie verlieren in Luxemburg von ihren drei Sitzen zwei, behalten also noch einen Sitz, während die Rechtspartei ihre sechs Sitze behalten und die Liberale Partei zu ihren vier noch zwei hinzubekommen hat. Im Nordbezirk hat die Nationalistische Partei einen Sitz von der Rechtspartei erobert. Die Sozialisten haben ihren einzigen Sitz behalten. Die Rechtspartei zählt in diesem Bezirk jetzt sieben und die Nationalpartei vier Abgeordnete.

Die neue Kammer setzt sich nach diesen Nachwahlen wie folgt zusammen: 26 Rechtspartei, 9 Liberale, 6 Nationalpartei, 6 Sozialisten, 2 Volksparteiler, 1 keiner Partei angehörend.

Gewerkschaftsbewegung

Streiklehren

Der Bäcker- und der Transportarbeiterstreik in Halle ließen Erscheinungen auftreten, die jetzt nach ihrer Beendigung einer eingehenden Betrachtung bedürfen. Im Bäckerstreik bestand eine Einheitsfront zwischen den Bäckermeistern, Groß-Brotfabriken und dem Konsumverein. Dazu kam dann noch — wenn auch ungewollt, so doch in seiner Auswirkung, der Streik der Bäckergesellen. Die Bäckergesellen streikten um eine berechtigte Lohnerhöhung; die Bäckermeister um Erhöhung ihres Verdienstes und demgemäß um eine Brotpreiserhöhung. Die Bäcker des Konsumvereins, des Arbeiterunternehmens, traten mit in den Streik. Hier liegt der Kardinalfehler in der Führung des Streikes! Das Inserat des Konsumvereins, das zu gleicher Zeit mit dem der Bäckermeister auch in den bürgerlichen Zeitungen erschien, ist ein Dokument, das der Genossenschafts- wie der Gewerkschaftsbewegung in gleicher Weise zu allem andern, nur nicht zur Ehre gereicht. Wie lagen die Verhältnisse?

Die Bäckermeister und der Konsumverein glaubten, mit dem bisher gewährten Backlohn nicht mehr auskommen zu können. Die Verwaltung des Konsumvereins wußte kein anderes Mittel als das der Bäckermeister. Der unabhängige Stadtverordnete Scholz, der Backmeister des Konsumvereins, beantragte in der Stadtverordnetenversammlung selbst die Brotpreiserhöhung. Die Verwaltung des Konsumvereins ließ es zum Streik der Bäcker kommen. Ein deutliches Zeichen, daß die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbureaukratie vollkommen im Geiste der Arbeitsgemeinschaft schwimmen. Andererseits aber auch ein Zeichen dafür, daß die Genossen die notwendigen Aufgaben noch nicht voll erkannt hatten. Auf keinen Fall durfte der Konsumverein sich in eine Front mit den Bäckermeistern stellen; der Konsumverein durfte die Preispolitik der Bäcker nicht mitmachen. Seine Aufgabe war es, auch wenn vorübergehend beim Brotbacken zugesetzt wurde, den Keil in die Front der streikenden Bäckermeister zu treiben und die Brotversorgung der Konsummitglieder sicherzustellen. Der Konsum selbst hätte bei dieser Politik in der Mitgliederbewegung gewiß nicht schlecht abgeschnitten.

Abgesehen von diesem rein materiellen Gesichtspunkt, spielten hier bei diesem Strei auch politische Momente mit. Durch den so leicht errungenen Sieg der Bäckermeister ist das Machtbewußtsein sämtlicher Lebensmittelproduzenten mächtig gewachsen. Es darf uns nicht überraschen, wenn in nächster Zeit die Milchproduzenten, die bereits vor einem Monat einen Gestehungspreis für Milch von 12 Mark pro Liter errechnet haben, ebenfalls in den Lieferstreik treten. Ein derartiger Streik zieht den Streik anderer Branchen nach sich. Darum gilt es den Machtwillen der Bäckermeister mit allen Mitteln zu brechen. Daß ein anderer Weg als der der Brotpreiserhöhung möglich war, das zeigten die kommunistischen Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung. Es durfte keine Rücksicht genommen werden auf die Existenz der kleinen Bäckermeister. Die Kleinbetriebe wirken nur produktionsverteuernd. Der Großbetrieb arbeitet rationeller, die Herstellung des Brotes ist hygienisch einwandfreier und außerdem sind auch bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Alle die Gesichtspunkte hatte die Streikführung vergessen. Früher hieß es: Ein Betrieb, der seine Existenz nur auf Kosten des Lohnes der Arbeiter oder auf Grund von Lehrlingsausbeutung usw. aufrecht erhält, ist nicht existenzberechtigt; heute erhält man die kleinen Zwergbetriebe auf Kosten der Konsumenten aufrecht. Und dazu haben auch die Bäckergesellen, die den Konsumverein bestreiten, mit beigetragen!

Eine ähnliche Tendenz zeigte sich beim Streik der Transportarbeiter. Wohl ist der mit aller Schärfe durchgeführte Streik die beste Waffe, doch daß eine Gewerkschaft einen Konsumverein, der die Forderung der Gewerkschaft bewilligt hat, bestreikt, das ist wohl in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung einzig dastehend! Man könnte das bei einer Genossenschaftsbureaukratie verstehen, die als Genossenschafter den Gewerkschaften nicht anders wie die Privatunternehmer gegenüberstehen, aber hier in Halle, wo der Konsumverein die Forderung der Transportarbeiter bewilligt hatte, ist ein Bestreiken des Arbeiterunternehmens geradezu als ein Verbrechen zu bezeichnen. Hier ist zu konstatieren, daß die Bureaukratie des Transportarbeiterverbandes nicht aus gewerkschaftlichen, sondern aus parteiegoistischen Gründen gehandelt hat. Der Ausruch des Bevollmächtigten Gräfe: „Und wenn für 100 000 Mark Backware im Konsum zum Teufel gehen, die Brotkutscher des Konsumvereins streiken weiter," ist nur so zu verstehen, daß der kommunistischen Verwaltung der Genossenschaft ein Schlag versetzt und der Genossenschaft selbst Schaden zugefügt werden sollte.

Wenn sich die Brotkutscher aus gewerkschaftlicher Disziplin dem Beschluß fügten, so trifft nicht sie die Schuld, sondern die Streikleitung, die den Beschluß gefaßt hat. Sie mußten aber gegen diesen Beschluß aufs schärfste opponieren. Sie mußten mit aller Energie darauf dringen, daß die Brotversorgung der Genossenschaft gesichert blieb. Und wenn andere Transportarbeiter die Weiterführung des Streiks von dem Weiterstreiken der paar Konsumbrotkutscher abhängig machten, dann wußte ein Gräfe genau, daß dies nur leere Drohungen waren. Die Streikleitung hatte die Pflicht, in diesem Falle die kurzsichtigen Querulanten unter den streikenden Transportarbeitern von der Unsinnigkeit ihres Verlangens zu überzeugen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Verwaltung der Genossenschaft wie die der Gewerkschaften schwere Fehler begangen haben, die zum Schaden für die arbeitende Bevölkerung waren. Die Werbekraft der Genossenschaft hat bedeutend eingebüßt. Es wird Aufgabe der Genossenschaftsmitglieder sein, in der Genossenschaft mit den kurzsichtigen und engherzigen Anschauungen aufzuräumen. Aber auch mit der örtlichen Leitung der beiden Gewerkschaften muß im Kartell sowohl wie in den Mitgliederversammlungen der beiden Gewerkschaften Fraktur geredet werden. Von solchen Schlacken, wie sie sich bei diesen beiden Streiks in Halle gezeigt haben, muß die Arbeiterbewegung gereinigt werden!

Offensive der Metallindustriellen in Kiel

Kiel, 2. Juni. In Betrieben der Kieler Metallindustrie sind im Anschluß an einen Streik bei der Firma Anderson die Arbeiter ausgesperrt worden.

Kommunistische Siege in Düsseldorf

Bei der gestern erneut stattgefundenen Wahl der Düsseldorfer Metallarbeiter zum Gewerkschaftskongreß erhielt Liste B (Kommunisten) 2341 Stimmen, Liste A (Unabhängige) 1812 Stimmen.

Neue Druckschriften

Der Kommunistische Gewerkschafter

Nr. 22 ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Metallarbeiterstreik und seine Lehren. — Innere Anleihe oder Erfassung der Sachwerte. — Gegen Achtstundentag, für Lohnabbau. — Resolution des Zentralausschusses zur Gewerkschaftsfrage. — Offener Brief an die Amsterdamer Internationale. — Berichte über die internationale Arbeiterbewegung und über die Bewegung in den Bezirken und Industriegruppen.

Der „Kommunistische Gewerkschafter" ist durch alle Betriebs- und Gewerkschaftsvertrauensleute der KPD., durch die Bezirksleitungen und durch jede Postanstalt zu beziehen. Preis der Nummer 1 Mk.

Vom Tage

Diebstahl von Kunstwerken

München, 1. Juni. Gestern abend wurden aus dem Atelier eines Kunstmalers in der Georgienstraße Oelgemälde und Zeichnungen, zum Teil alter Meister, im Werte von über eine Million Mark gestohlen.

Von Wilderern überfallen. Berlin, 1. Juni. Der städtische Hilfsförster Ilgner wurde heute früh im Grunewald, nahe dem Teufelssee von drei Wilderern überfallen und, bevor er von seiner Waffe Gebrauch machen konnte, mit Stöcken niedergeschlagen. Ilgner wurde bewußtlos aufgefunden.

Pferdefleischvergiftungen. In der holsteinischen Stadt Itzehoe sind, einem Privat-Telegramm zufolge, zahlreiche Personen nach dem Genuß von Pferdefleisch erkrankt. Bis jetzt sind 22 Erkrankungsfälle bekannt geworden. Das Fleisch stammt von einem infolge Beinbruchs notgeschlachteten Pferde, das nach der Schlachtung ordnungsgemäß untersucht und abgestempelt war. Bei dem Schlächter wurden 38 Pfund Fleisch und 93 Pfund Pferdewurst, von dem Tiere stammend, beschlagnahmt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220602-14/fragment/page=0003

SARRASANI
Roßplatz — Telephon 1965 — Nur noch kurze Zeit. Täglich 7.15 Uhr.
Sonnabend, 3. Juni — Mittwoch, 7. Juni
Täglich 2 Vorstellungen 2 2372
Nachmittags Kinder halbe Preise. Nachmittags komplettes Abendprogramm. Vorverkauf: Circuskasse und Kurt Walla, Poststraße 1.

K.P.D

Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.
Nietleben. Sonnabend, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne": **Mitgliederversammlung.** Bericht vom Bezirksparteitag. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Beuchlitz. Sonnabend, den 3. Juni, abends 8 Uhr, bei Schubert: **Funktionär-Sitzung.** Alle Funktionäre haben zu erscheinen, eine äußerst wichtige Tagesordnung ist zu erledigen.
Kanena. Sonnabend, den 3. Juni, abends 8 Uhr, bei Winkel: **Mitgliederversammlung.** Bericht vom Bezirksparteitag.
Könnern. Sonnabend, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": **Mitgliederversammlung.**
Unterbezirk Merseburg-Querfurt.
Lauchstedt. Sonnabend, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im Hotel „Stadt Leipzig": **Mitgliederversammlung.**
Unterbezirk Sangerhausen.
Sangerhausen. Freitag, den 2. Juni, abends 6 Uhr, im Bureau: **Sitzung der Unterbezirksleitung.**
Unterbezirk Mansfeld.
Eisleben. Sonnabend, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkshaus": **Funktionärsitzung.**
Eisleben. Dienstag, den 6. Juni (2. Pfingstfeiertag), abends 7 Uhr, im „Volkshaus": **Mitgliederversammlung.** Eine Stunde vorher müssen alle Zehner- und Humbertschichtleiter zur Besprechung erscheinen.
Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.
Zischertau. Sonnabend, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Mitgliederversammlung.** Bericht vom Bezirkstag. Referent: Genosse Hartmann.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Vereinigte Kegelklubs „Volkspart".
Sonntag (1. Pfingstfeiertag), nachm. 3 Uhr, im gr. Saale des „Volkspart":
Gr. Pfingst-Vergnügen
verbunden mit:
Großem Schinken- und Wurst-Preiskegeln und -schießen.
Anfang des Kegelns und Schießens 11 Uhr vormittags. 2377
Es ladet ein **Der Vorstand.**

Empfehle ganz vorzügliches
Mastrotzfleisch Salamiwurst
nach italien. Art.
Uebrige Wurstwaren in bekannter Güte.
Max Zaubitzer,
2375 Steinweg 52.

Zum Tode verurteilt sind
in 24 Std. unter Garantie Läuse, Wanzen, Flöhe, Brut, Ungeziefer von Mensch u. Tier m. „Wiesolda", gel. geb. Mitt. 100 000 mal bewährt. Verk.: Gnerig, Steinweg 16

Kirschen-Verkauf.
Der diesjährige Kirschenanhang der Gemeinde Lettin soll
Montag, den 5. Juni, vorm. 11 Uhr,
im Gasthof „Zur Erholung" zu Lettin öffentlich meistbietend verkauft werden.
Die Bekanntgabe der Bedingungen erfolgt im Termine.
Lettin, den 2. Juni 1922.
*481 **Der Gemeindevorsteher.**

Achtung, Gasthof Wörmlitz!
Bringe allen Genossen und Freunden meine frisch renovierten Lokalitäten mit schönem, schattigem Garten in freundliche Erinnerung.
1. und 2. Pfingstfeiertag:
Frühschoppen
Nachmittags:
Großer Ball
des Turnvereins u. des Frauenchors Wölbern-Wörmlitz.
Es laden freundlichst ein
Die Vereine, **Der Wirt: H. Rauschenbach,** gen. der Kanzler. *478

Athletikvereinigung „Germania-Fessenfest"
1. Pfingstfeiertag, im „Goldenen Hirsch", Leipziger Straße:
2378 **Kränzchen.**
Anfang 8 Uhr. **Der Vorstand.**

H.F.-C. „Minerva 09"
Sonnabend, den 3. Juni, im „Wilsdorfs Konzerthaus", Karlstraße:
Tanzkränzchen
Anfang 7 Uhr.
Montag, am 2. Feiertag:
Gr. Empfangsabend mit Ball
zu Ehren der „Wiener" Mannschaft in Reideburg „Zur Nachtigall".
Einlaß 3 Uhr. Feine Musik.
2376 **Der Vergnügungsausschuß.**

Volkshaus-Säle, Zeitz.
1. Feiertag, früh 6 Uhr, im „Volkshaus":
:: **Gartenkonzert** ::
Von nachmittags 4 Uhr an:
Oeffentl. Ballmusik.
Im „Kühlen Morgen", abends 8 Uhr:
:: **Gesangs-Konzert** ::
In beiden Lokalen: Anlläßlich von 60 Jahrigem Bestehen
2. Feiertag, im „Kühlen Morgen", früh 10 Uhr:
:: **Gartenkonzert** ::
In beiden Lokalen von nachm. 4 Uhr an:
Oeffentl. Ballmusik.
Es ladet freundlichst ein *479 **Die Verwaltung.**

Seeben. Seeben.
Gewerkschaftsfest
am 1. Pfingstfeiertag im
„Seebener Busch."
Von 10 Uhr vormittags:
Preisschießen, Preiskegeln und Blumenverlosung.
Nachmittags:
Volks- u. Kinderbelustigungen aller Art.
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
*482 **Der Festausschuß.**

Bitterfeld.
Restaurant „Fürst Bismarck".
Ab 1. Juni täglich von abends 7—12 Uhr:
Großes Konzert
ausgeführt vom *480
Damentrompeter-Chor „Romanesia".
Es ladet herzlichst ein
Der Wirt: Max Pösche.

2308
Einsatzhemden nur 125.00
Makohemden nur 98.00
Bauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2.
Eine Treppe, Eing. Sternstr.

Die gute Sternwolle 1/10 14 Mtr.
Partiewaren
Magdeburger Str. 23 am Walhalla.
Wiederverkäufer Extrapreise.

Regattes

2314
gute Qualitäten vornehme Muster
Bauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2
408
Bruchhändler, Leibbinden Senkfußeinlagen.
Fr. Speer, Halle (Saale), **Gr. Ulrichstr. 63,** Krankenkassenlieferant.

Schürzen, Haarschleifen und Strümpfe
empfiehlt 2373
Schürzen-Fabrikniederlage
Fritz Schreiner,
Gr. Brauhausstr. 31 (am Leipziger Turm).

Pfingst-Angebot!
Anzüge v. 475 an
Kleider, Röcke, Kostümröcke, Hosen, Jacketts, Bettbezüge
sehr preiswert 2380
Trabert,
Kl. Ulrichstraße 5.

Nur noch wenige **Hosen** feldgrau, Mk. 295.—
Zwirnhosen bildschöne Streifen, pr. Qualität, Mk. 295,—
Tuchhosen schwarz und farbig — Mk. 295,00 2356
Kleiner Restposten von
Drellhosen 95 Mk. an **Drelljacken** wie neu, 105 Mk.
Reinke, Leipziger Straße 55 I am Riebeckplatz.

Wir verschenken unsere Ware
im Verhältnis zum heutigen Einkaufspreis. Wollen Sie gute Schuhe billig kaufen, so bedenken Sie sofort Ihren Bedarf:

Kinderstraßenstiefel, Rindboxx u. Faktleder, Größe 27/30	Mk. 345,00	210,00	**130,00**
Größe 31/35	Mk. 400,00	340,00	**130,00**
Größe 36/39, echt Rindbox	Mk. 508,00	und	**275,00**
Damenhalbschuh, schwarz, mit und ohne Lackkappe	Mk. 525,00	365,00	**225,00**
Braune Rindbox-Sandalen . Gr. 27/30 **160,00** Gr. 31/35 **175,00** Gr. 36/39	Mk.		**195,00**
Damenhalbschuh, braun	Mk.		**435,00**
Damenstiefel, schwarz, auch mit flachem Absatz	Mk. 475,00	410,00	**400,00**
„ braun, prima Rindbox	Mk. 615,00		**600,00**
Herrenstiefel, schwarz	Mk. 642,00	460,00	**260,00**
„ braun	Mk.		**650,00**

Jeder Käufer erhält nur zwei Paar.
„Um großen Andrang zu vermeiden, bitte die Vormittagsstunden zu benutzen. 2388
Schuhbörse, Halle a. d. S., Gr. Brauhausstr. 10.
Telephon 1472.

Vereine
benötigen
Drucksachen!
Bestellt dieselben bei der **Produktiv-Genossenschaft** Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offerten ein.

Arbeiter-Sänger-Chor.
1. Pfingstfeiertag, vorm. 11 Uhr, i. Volkspark: **Frühschoppen.** Die Stimmführer haben die Walhalla-Programme mitzubringen. Das Erscheinen aller Sänger ist unbedingt erforderlich.

Frauen-u. Mädchenchor.
Im „Volkspark": **Singestunde.**

Giebichenstein er Arbeiter-Liedertafel
Vereinslokal: „Silberberg", Reilstr.
Jeden Freitag, abends 8 Uhr: **Singestunde.**
Am 1. Feiertag, vorm. 11 Uhr, bei Wilsdorf, Karlstraße: **Frühschoppen.**

Die Naturfreunde.
Stadtsektion. Weidenplan
Freitags: Zusammenkunft.

Luftsalv. prol. Freidenkerv. (Ortsgruppe Halle).
Jeden Mittwoch nach d. 15., in der „Produktiv-Genossenschaft": Mitglieder-Versammlung. Gäste stets willkommen.

Allgem. Arbeiter-Union. (Reichsunion).
Freitag: Kassenstunde i. „Volkspark".

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle.
Jeden Mittwoch nach dem 1. in der „Produktiv-Genossenschaft": Mitgliederversammlung.
Montags u. Donnerstags jed. Woche, abds. 5—7 Uhr, im Bureau, im Gewerkschaftshaus, Hartz 42/44, 2 Treppen Zimmer 15: Rechtsauskunft.

I. Hall. Mandolin.-Orchester
Uebungsstunde: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Zeichensaal (Charlottenschule).

Proletar. Kultur-Vereinigung, Halle.
Lokal: Silberbergstraße. Sonnabend, früh 7.55, Abfahrt (Hartz), Leiter Entzeiler.
Sonnabend, nachm. 2.04, Abf. (Thüring.), Leiter Sänger. Alle Teilnehmer müssen 5. heute gegen 9 Uhr i. Silberbergstraße ihr Fahrgeld eingeleitet haben u. treff. sich am Sonnabend, spätestens 1 Uhr am Bahnhof.
Sonntag, früh 6 Uhr, Kindermandeltour mit Instrumenten, Führer Stumpe; (Treffen Silberbergstraße) Tagestour, Führer Kloppe.
Sonntag, früh 6 Uhr, Bühne. Treff Kröllwitz Brücke. Diskussionsabend u. Kindergruppe fällt Dienstag aus.

Ark.-Samarit.-Kol. Halle
Am 2. Feiertag, früh 6 Uhr: Zusammenkunft am Weinberg.
Jeden Freitag abend 8-10 Uhr, in der Martinschule, Charlottenstraße: **Uebungsstunde.** Mitglieder werden noch angenommen.

Disch. Arbt.-Abstin.-Bund. Ortsgruppe Halle. Geschäftsstelle: Jungfernstraße 15.

Arbeit.-Radfahr.-Bund Solidarität, Ortsgr. Halle
1. Pfingstfeiertag: Tour nach dem Kyffhäuser. Abfahrt früh 3 Uhr v. Heftlebter Bahnhof.—Tour nach Jena. Abfahrt 3 Uhr v. Riebeckplatz.

Arb.-Radfahrer-Bund „Freiheit".
1. Pfingstfeiertag, mittag 1 Uhr, am Heftlebter Bahnhof: **Ausfahrt n. Lungenbogen.** Die Kreisleitung.

Arb.-Schwimmverein Halle a. d. S.,
Mitgl. d. Arb.-T.- u. Sp.-B.
Uebungsstunden: Dienstags und Freitags jeder Woche im „Florabad":
5—8 Uhr Schüler und Schülerinnen.
1/2 7—8 Uhr Männer u. Frauen.
Kanu-Abteilung:
1. Pfingstfeiertag, mitt. 12 Uhr, im Florabad: „Anpaddeln". Propagandafahrt nach der Peißnitz.
2. Feiertag: Tagestour nach Nöpzig. Treffen früh 7 Uhr i. Florabad.

Kommun. Kindergruppe.
Heim: Rathausstr. 16.
Montag, 2. Pfingstfeiertag, früh 8/9 Uhr: Die Gruppen auf th. Plätzen. Ausflug nach dem Petersberg. Abmarsch Punkt 6 Uhr.
Dienstag: Arbeitsgemeinschaft für Gruppe Nord. Alles muß erscheinen betreffs Einteilung der Rollen zum Theater und Probe zum Sprechchor.

Komm. Jugend.
Jugendh.: Rathausst. 16. Geöffnet v. 1/2 7 Uhr an. Heute Freit.: Gruppenabende. Alle die Mitglieder, deren Geldbeutel die Fahrt nach Kena nur schwer zuläßt, wollen sich heute abend um 7 Uhr im Heim zu einer kurzen Besprechung zwecks Beihilfe aus Sammelgeldern einfinden. — Trotz des neuen Fahrplans fahren wir mit den von uns angegebenen Zügen, eine halbe Stunde vor jeder Abfahrt jeid zur Stelle. Beachtet aufs strengste die Anweisungen der Führer. Frisch auf zur frohen Fahrt!

Sportklub 1909.
Vereinslokal: Jünicke, Steinweg 52.
Uebungsstunde: Schülerabteilg. Freitags 6 bis 8 Uhr. Jugendabteilung Freitags 8—10 Uhr, Männerabteilung Sonnabends 8-10 Uhr. Versammlungen jed. Dienstag nach d. 1. im Mon.

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Cröllwitz.
Vereinslokal: Linnenhal.
Gesangs-Abteilung.
Mittwochs v. 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung:
Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr.
Knaben-Mandolin.-Abteilung: Mittwochs von 5—7 Uhr.

Ammendorf

Arbeiter-Gesangverein.
Singestunden. Frauenchor: Donnerstag, abds. 1/29 Uhr.
Männerchor: Jed. Dienstag, abds. 1/28 Uhr, in Teichmanns Hotel.

Nietleben

Gesangver. Lyra
Dienstag:
Singestunde

Jugendschriften, Modezeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung

Stadttheater
Sonnabend, d. 3. Juni, Anf. 7 1/2 Uhr, Ende 11 Uhr
Orlandos Liebeswahn
(Orlando furioso).
Zauberoper von Händel.
Sonntag nachm.:
Die spanische Fliege.
Sonntag abd.: **Aigolette.**
Montag nachm.:
Alt-Heidelberg.
Montag abend:
Der Oberkellner.

BIO.
Ab heute das nicht zu übertreffende Pfingstprogramm.
1.
Das Komplott im Bankviertel.
Detekt.-Sensations-Schlager in 5 Akten
2.
Das wandernde Auge.
Abenteuerfilm in 4 Akten.
2381
Am 1. u. 2. Feiertag:
Große Kindervorstellung.

Posthorn
1. Pfingstfeiertag:
32. Stiftungsfest
d. Rauchklubs „Cubada."
Hierzu laden freundl. ein
Der Vorstand. Der Wirt.
Anfang 3 Uhr. 2330

Solbad Fürstental:
Echte 408
Schmiedeh. Moorbäder

Die neuest. Moden in:
Halsketten
in Gold, Silber u. Gold auf Silber, in größt. Auswahl
Juwelier Tittel Trauring-Ecke

Gelegenheitskäufe in Möbeln, 407 Polsterwaren, Betten usw. Klara Kuli, Sternstr. 6, Teleph. 3579.

Werbt für die Prod.-Genossensch.

WALHALLA
Theater — Varieté.
Täglich 8 Uhr:
Kolossaler Erfolg des 2385 **Internationalen Varietés**
10 Sensationen 10
Vorverkauf von 10—1 u. ab 6 Uhr abends.
Saalöffnung 7.15. Beginn präzise 8 Uhr.
Sonntags 3.30: **Große Fremden- u. Familien-Vorstellung** des ungekürzten Abend-Programms zu ermäßigten Preisen.

ZOO. ZOO.
A. Frohns dressierte
Seelöwen.
Täglich Vorstellungen.
*483

Trauringe
in allen Formen, zu äußerst billigen Preisen, kaufen Sie bei *402
Alb. Sparmann, Gr. Steinstr. 47
(neben Walhalla).

Jeder Kegelklub
ob groß oder klein, benötigt Drucksachen!
Fordert Offerten von der Produktiv-Genossenschafts-Druckerei, Halle-S., Lerchenfeldstr. 14, an. Fernruf 2251

Arbeitsmarkt

Zimmerer und Einschaler
sofort gesucht. 2345
Herm. Näcke,
Leipziger Straße 87.

Gebhardt-Eiweiß-Kakao
ist von unschätzbarem Wert für alle diejenigen, deren Ernährungszustand der Nachhilfe bedarf. Gutachten erster ärztlicher Autoritäten stehen unserem Fabrikate zur Seite.
Verlangen Sie ausdrücklich Gebhardt-Eiweiss-Kakao!
In allen einschlägigen Geschäften zu haben. *404
Versandstelle: Gr. Steinstrasse 36, 3. Gebäude.
Fernruf 4841. **Georg Gebhardt & Co.** Halle (Saale).

Familien-Nachrichten

KPD. Ortsgruppe Halle.
Am Mittwoch, dem 31. Mai 1922, starb nach kurz. Krankenlager, an Lungenentzündung, unser Mitglied
Georg Fritz
im Alter von 26 Jahren.
Ehre seinem Andenken. 2379
Der Vorstand.

Am Mittwoch abend entschlief plötzlich und unerwartet, nach kurzem aber schwerem Krankenlager, mein innigstgeliebter, unvergeßlicher und treusorgend. Bräutigam, der Maurer
Georg Fritz
im blühenden 26. Lebensjahre.
Halle, den 1. Juni 1922.
In tiefem Schmerz:
Marie Trabhardt
und Angehörige.
Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 3 Uhr statt. 2374

Genossen, kauft nur bei den „Klassenkampf"-Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220602-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 2. Juni 1922

Zur Wahl der Elternbeiräte

Jede Proletariermutter weiß ein Lied zu singen von den wachsenden Nöten, denen ihre Kleinen auch in der Schule ausgesetzt sind, von der hemmungslos forschreitenden Schulreaktion, die ihre Spitzen gerade gegen die Proletarierjugend richtet, von der mit der Teuerung wachsenden körperlichen Verelendung der Schulkinder, der nicht durch Schulspeisung, ausreichende schulärztliche Behandlung, Schulbäder usw. gesteuert wird, von dem unaufhaltsamen Verfall aller öffentlichen Bildungseinrichtungen. An allen Ecken und Enden fehlt es, weil überall gespart werden muß, weil kein Geld für solche „Nebensachen" da ist. Da werden Tausende von jungen Lehrern entlassen, Klassen zusammengelegt, als ob die Kinder zu 50 bis 60 nicht auch schon genug in den übervollen Räumen gesessen hätten — da wird an Reinigung gespart und so wäre gar Geld vorhanden für die Erneuerung der Lehrmittel. Die Lehrbücher aber sind mit nationalistischem Stoff verseucht, wie vor dem Kriege.

Wozu aber waren die Elternbeiräte da? Konnten sie diese Uebelstände nicht verhindern? Nein! Denn wie die Betriebsräte in den Fabriken durch allerlei neue Bestimmungen aus einer revolutionären Körperschaft in ein Organ der Unternehmer, das dem Kapital in die Hände arbeitet, gemacht wurde, so geschah es auch mit den Elternbeiräten. Jeder fortschrittliche Einschlag wurde herausgedrängt oder ausgeschaltet.

Deshalb ist es Aufgabe des revolutionären Proletariats, diese Elternbeiräte wieder mit oppositionellem Geist zu erfüllen durch eine rege Beteiligung an der Wahl. Der Kampf um die Schule ist der Kampf um eine freiheitliche gesunde Jugend. Deshalb muß das Proletariat dafür sorgen, daß dieser Kampf gegen die Reaktion nicht zu einem Kulturkampf wird, das heißt, zu einem Streit um Religion, um den Religionsunterricht oder darum, ob ihr an Gott glaubt oder nicht. Die Gegner werden immer wieder überall versuchen, das zu tun, nur von diesem religiösen Gegensatz: weltliche oder Religionsschule zu sprechen, um das Proletariat zu verwirren und vom politischen Kampf abzudrängen. Die Proletariereltern müssen deshalb zielbewußt immer ihre revolutionären Forderungen im Auge haben, und bei den Wahlkämpfen müssen sie in allen Versammlungen ihre kommunistischen Ziele zur Geltung bringen.

An euch, Proletarireltern, ist es jetzt, eure kommunistischen Forderungen laut werden zu lassen und bei der bevorstehenden Wahl eure Pflicht zu tun, und die Kommunisten zu wählen, denen allein die gesunde und freiheitliche Erziehung der Jugend zu Klassenkämpfern am Herzen liegt. Fordert: Mehr Schulärzte, Schulschwestern, Schulspeisung, gesunde und ausreichende Schulräume und deren Säuberung, Schulbäder, Ferienkolonien. Ferner: Ausreichende Lehrmittel, Umgestaltung zur Arbeits- und Produktionsschule, kleinere Klassen, Kindergärten; Weltlichkeit der Schule und Entfernung nationalistischer Propaganda aus den Lesebüchern und in weitestem Maße Mitbestimmungsrecht der Elternbeiräte in allen wichtigen Schulfragen.

Wahlen zum Gewerkschaftskongreß

Sieg der Kommunisten auch bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern

Die Wahlen zum Gewerkschaftskongreß der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Gau Halle-Erfurt-Halberstadt hatte folgendes Ergebnis:

Kroll (KPD.)	2547
Heider (SPD.)	2233
Schmidt (?)	1488

Der Butterwucher

Welche Maßnahmen ergreift die Regierung?

Neben dem behördlich genehmigten Eierwucher lassen die amtlichen Stellen auch den Butterspekulanten auf dem Buttermarkt vollkommen freie Hand. In den letzten Wochen sind die Preise für Butter um beinahe 50 Prozent gestiegen.

Der durchschnittliche Preis für ein Pfund Butter beträgt über 90 Mark. Die Behörden wurden von allen Seiten bestürmt, sogar von der bürgerlichen Presse, irgend etwas gegen den Butterwucher zu tun. Nach langen Sitzungen und Beratungen wurde schließlich beschlossen, die Frage der Butterauktionen nachzuprüfen, da es sich in der letzten Zeit gezeigt hat, daß die Butterauktionen noch weiter verteuernd auf die Preise wirken.

Jetzt wird nun amtlich mitgeteilt, daß die Frage der Butterauktionen nachgeprüft worden ist und daß öffentliche Versteigerungen von der Genehmigung des Reichsministers für Ernährung abhängig gemacht werden sollen. Außerdem sollen die Aktionen weiter wie bisher von den Preisprüfungsstellen „überwacht" werden. Das heißt mit anderen Worten: Die Regierung tut überhaupt nichts gegen den Butterwucher. Die Preisprüfungsstellen werden genau so wenig wie vorher gegen den Butterwucher einschreiten, und ob die Wucherpreise durch behördlich genehmigte oder behördlich nicht genehmigte Auktionen herbeigeführt werden, kann dem Arbeiterkonsumenten vollkommen gleich bleiben, wenn er die Preise für Butter bezahlen muß.

Die Regierung geht aber noch weiter und versucht, die hohen Butterpreise und den Wucher der Junker zu rechtfertigen, indem sie darauf hinweist, daß der Weidegang der Kühe um vier Wochen verzögert worden ist, und daß das an der Erhöhung der Butterpreise schuld hat. Die Junker werden bei dieser Mitteilung über die Gutgläubigkeit des Ernährungsministeriums lachen, die Arbeiter aber um so besser wissen, daß die behördlichen Stellen nur die Interessen der Junker vertreten.

Mitgliederversammlung der KPD.

Gestern abend fand im großen Saale des „Volkspark" eine Mitgliederversammlung der KPD., Ortsgruppe Halle, statt, die den Bericht über den Bezirksparteitag, den der Genosse Oertel gab, entgegennahm. Nach einer sehr lebhaften Aussprache über all die Fragen, mit denen sich der Bezirksparteitag zu befassen hatte, wurde folgende Entschließung des Genossen Rößling einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Halle nimmt den Bericht vom Bezirksparteitag des Bezirks Halle-Merseburg entgegen und heißt die dort gefaßten Beschlüsse politischer und taktischer Art gut. Sie begrüßt den Beschluß der „Reorganisation" unseres Bezirkes und steht auf dem Standpunkt, daß durch diese organisatorische Maßnahme innerhalb des Bezirkes sich eine bessere Beweglichkeit der Organisation schaffen läßt. Sie nimmt von dem Beschluß der Beitragserhöhung Kenntnis und wird alles daran setzen, diese örtlich durchzuführen.

Der Vortrag des Genossen Kilian über „Was verhindert den Arbeiter-Weltkongreß" war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Konzert des Arbeiter-Sängerchors

Es ist sehr erfreulich, daß in dem Konzert einige ausgesprochene revolutionäre Lieder geboten wurden, so die „Fanfare" (Massenchor) von Karl Röhren, dem tüchtigen Leiter des Abends, gut komponiert, und das kraftvolle Lied „Märzluft" von Gottfried Angerer, das ganz wiederholt werden mußte.

Ueber den sonstigen Teil des Konzertes lag ein einheitlich schwermütig-grauer Ton. Friedrich Hegars „Totenvolk", nach einer Ballade des schweizerischen Dichters Joseph Widmann, ist wie alle Chöre Hegars mit raffiniert tonmalerischen Mitteln komponiert (man vergleiche seine visionäre Komposition „Schlafwandel" oder „Rudolf von Werdenberg"). Als Züricher Chordirigent (1865 bis 1901) durchprobte er in genialer Tiefe, wie selten jemand, die Ausdrucksmöglichkeiten des Männergesanges. Von ihm gelernt hat zweifellos Hermann Hutter („Ablösung" nach einer Ballade von Reinick).

Außer diesen Chören gab es noch schweren Stoff: M. Reger, aus der A-Moll-Suite und J. Brahms, Sonate für Violine und Klavier (am nächsten Mal brauchen wir nicht nach Schluß jedes einzelnen Satzes zu klatschen!) Regers Eigenart ist der schwermütig-ernsten von Brahms verwandt (der zweite Satz war recht charakteristisch); er ist im Grunde lyrischer Natur, seine immense Erfindungskraft und ungeheuer polyphone Natur weiß des Neuen und Ueberraschenden viel zu bringen. Felix Wolfes zeigte auch gestern wieder die eigenartige Mattheit seines Spiels, die wir früher schon einmal an dieser Stelle nannten.

Es war ein sehr erhebender Abend, für dessen Genüsse wir dem Dirigenten Röhren, der Sängerschar und den beiden Spielern recht herzlich danken. Noch rasch zwei Anregungen: erstens bitten wir um besonders freigehaltene, akustisch gute Presseplätze bei dem erfreulich starken Besuch des Konzertes (wie es die Volksbühne tut); zweitens ein Vorschlag, das nächste Konzert im Freien (Volksparkgarten oder Peißnitz) zu veranstalten. Daß dies technisch möglich ist, ohne Beeinträchtigung der künstlerischen Wirkung, zeigten die vorjährigen Volkssinfoniekonzerte. Draußen, im Jubel des Blütenschnees und der Frühjahrsvögel, ist es viel schöner als in dem überheißen Saale (dessen Architektur und Malerei — nebenbei bemerkt — noch dazu wirklich schwer mit der proletarischen Weltanschauung zu vereinen ist). K. W.

Walhalla-Varieté

Ein neues Unternehmen öffnete gestern dem Hallischen Publikum seine Tore: das Walhalla-Varieté-Theater (unter Leitung von Josef Milos). Im großen und ganzen bot das Programm nur wenig originale Nummern. Zu den guten Leistungen gehörten: Original-Klobe-Kompagnie, Neuheit auf rollenden Kugeln. Insbesondere das Hinaufsteigen auf die Treppe mittels der Kugel war eine Sehenswürdigkeit. Die drei Andors, Meisterakrobaten mit Hunden, zeigten eine weitgehende Dressur ihrer Tiere. Das Publikum spendete ihnen den gebührenden Beifall. Der Instrumentalkünstler Bravouroff zeigte mit seinem selsam konstruierten Musikinstrumenten eine vielseitige musikalische Anlage. Der Humorist Richard Kautz gab wirklich keine interessanten und eindrucksvollen Witze, er hat nur leeres Zeug. Jack Perry erklomm die „schwankende Palme", eine mächtige Konstruktion, mit gewandter Akrobatik. Paff holte aus seinem weit[illegible] heraus (man höre!): einen Riesenkamm, ein Tablett mit Kaffeekanne, Tasse und Milch und führte einen echten Ringkampf — mit sich selbst aus (bei Nestroy steht irgendwo: nun wollen wir mal sehen, wer stärker ist, ich oder ich). Max und Moritz wälzten sich in erstaunlicher Geschwindigkeit über die Bühne. Wenn das Gebotene den Durchschnitt der Varieté-Nummern zumeist nicht übersteigt, so bedenken wir, daß das Unternehmen sich jetzt erst einführt. Die Nummer: Thoms-Waldek mußte krankheitshalber ausfallen. K. W.

* **Achtung, streikende Holzarbeiter.** Am Sonnabend, dem 3. Juni, vormittags 10 Uhr, findet im „Volkspark" eine Versammlung der streikenden Holzarbeiter statt.

* **Hallisches Operettentheater.** Willi Schur erzielt noch immer allabendlich in „Die Königin der Nacht" als Provinzpapa Segebrecht aus Glauchau zwerchfellerschütternde Lacherfolge. Die Direktion hat dem allgemeinen Verlangen des Publikums nachgegeben und hat an den beiden Pfingstfeiertagen abends 7½ Uhr, abermals „Die Königin der Nacht" auf dem Spielplan stehen lassen. Da die Direktion vertragsmäßig verpflichtet ist, in kürzester Zeit die Erstaufführung von der Operette „Das Marmorweib" von G. W. Schlack, wozu der Kapellmeister K. F. Adolfi eine Musik geschrieben hat, in Halle herauszubringen, so müssen die Aufführungen von „Die Königin der Nacht" eingestellt werden. Es empfiehlt sich daher, rechtzeitig den Verkauf zu benützen, der an der Theaterkasse ab 10 Uhr vormittags, den ganzen Tag ununterbrochen geöffnet ist. Telephonische Vorausbestellungen (Telephon 6183) während dieser Zeit werden angenommen.

* **Sechs Seelöwen im Zoologischen Garten.** Vom 1. bis 30. Juni wird eine Gruppe von sechs erwachsenen kalifornischen Seelöwen im Zoologischen Garten gezeigt. Es sind vier Männchen und zwei Weibchen im Alter von zwei bis sechs Jahren. Sie wurden von der Tiergroßhandlung L. Ruhe, Alfeld a. L., importiert. Seit einem Jahre ungefähr sind sie in Dressur bei A. Frohn, der sie jetzt täglich vorführen wird. Dieselbe Gruppe war kürzlich in Paris, Reims, Dünkirchen. Ihre Hauptleistungen sind Gleichgewichtsübungen sehr schwieriger Art. Sie balancieren Kugeln, Gummibälle, Stöcke usw. auf der Nase und fangen ihnen zugeworfene Gegenstände, sogar brennende Fackeln geschickt auf. Dazu sind sie körperlich fähig durch den zum Fische fangen erstaunlichen beweglichen Hals. Die meisten Uebungen dürften für jedes körperlich anders gebaute Tier unmöglich sein. Andere Vorführungen, welche die eigenartige Beweglichkeit ihrer Flossen zeigen, sind ebenso überraschend. Sie schnellen sich äußerst behend vorwärts auf den zur eigentlichen Körpergröße verhältnismäßig sehr kleinen niederen Fußflossen, können damit sogar treppauf klettern und auf einem schmalen Bandseil laufen. Auch schlagen sie damit eine Trommel. Man muß sich stets vor Augen halten, daß ihr eigentliches Element das Meer ist. Im Schwimmen gleichen oder übertreffen sie die Fische, welche ihre Beute und Nahrung sind. Außerhalb der Vorführungen werden sie in Wasserbassins gehalten und sind wenig sichtbar. Sie sind recht zahm geworden, doch ist stets Vorsicht geboten, da sie mit ihren scharfen Zähnen jeden menschlichen Knochen durch einen Biß zermalmen können. Ihre Vorführungen im Zoologischen Garten sind keine angelernte Künsteleien, sondern sie zeigen natürliche Fähigkeiten freiwillig durch das ihnen gereichte Futter. Dieses besteht nur in Seefischen.

* **Sarrasani zu Pfingsten.** Täglich zwei Vorstellungen vom Sonnabend bis zum Mittwoch nach Pfingsten! Ein großer Fremdenzustrom steht in Aussicht. Ganze Schulen sind gemeldet zum Besuche der Nachmittags-Vorstellungen, ganze Ortschaften machen Gesellschaftsausflüge zu Sarrasani. Da heißt es, rechtzeitig die Eintrittskarten sichern. Die Zirkuskasse ist von morgens 9 Uhr an ohne Pause geöffnet, außerdem befindet sich eine Vorverkaufsstelle bei Kurt Walla, Poststraße 1.

Können

Mitgliederversammlung der KPD. findet am Sonnabend, dem 3. Juni, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" statt. Die Tagesordnung ist äußerst wichtig. Kein Mitglied darf fehlen.

Reichs-Arbeiter-Sport-Woche

Vom 11. bis 18. Juni in Halle

So groß und wuchtig unser erster Reichs-Arbeiter-Sport-Tag im vorigen Jahre auch war, so muß in diesem Jahre unsere Reichs-Arbeiter-Sport-Woche eine ganz andere Bedeutung bekommen. In vielen Städten Deutschlands hatten die Sportvereine im vorigen Jahre den Reichs-Arbeiter-Sport-Tag zu einer Werbewoche ausgebaut, um den richtigen Wert der Arbeiter-Sport-Bewegung größeren Bevölkerungsschichten vor Augen zu führen. Die Hallenser Arbeiter-Sport-Vereine werden in diesem Jahre alles aufbieten, um einen nachhaltigen Eindruck in der Bevölkerung zu hinterlassen. Wenn alle Sportler und Freunde des Arbeitersports sich zur Verfügung stellen, so wird das Ziel, neue Freunde für den Arbeitersport zu gewinnen, auch erreicht.

*

Festfolge.

Am Sonntag, dem 11. Juni, wird die Reichs-Arbeiter-Sport-Woche mit dem großen Sternlauf durch die Stadt Halle nach dem Hallmarkt eröffnet. Auf dem Hallmarkt findet ein Reigenfahren der Radfahrer statt. Der Nachmittag ist der Jugend zugedacht, weil gerade die Jugend für unseren Sport interessiert werden muß. Auf der Peißnitz finden leichtathletische Kämpfe für die Jugend, sowie Fußballspiele der Jugend und Schüler statt.

Am Dienstag, dem 13. Juni, abends 6½ Uhr, findet das Fußballtreffen Norden—Süden statt. Zu diesem Spiel werden die besten Spieler der Bewegung im friedlichen Wettkampfe antreten, die zeigen werden, was der Arbeiter-Fußballsport zu leisten vermag. Proleten brauchen nicht zu den bürgerlichen Spielorten zu gehen, um dort 20 bis 40 Mark für ein Spiel zu opfern. Das Spiel findet auf dem Sandanger statt.

Am Freitag, dem 16. Juni, abends 7 Uhr, findet im „Volkspark" ein Theater-Abend statt. Hier führen die Samariter ihren Einakter „Hilfsfaszaratti-Baracke 9", und die Naturfreunde im Garten ein Volksstück auf. Weitere Veranstaltungen der Sportvereine füllen den Abend aus, u. a. Auftreten der Akrobatengruppe von „Germania-Fessenfest", Vorführungen des Turnvereins „Fichte" usw. Das Programm ist sehr reichhaltig und dürfte jeden befriedigen.

Am Sonntag, dem 18. Juni findet die Reichs-Arbeiter-Sport-Woche durch einen großen Umzug ihren Höhepunkt. An diesem Umzug müssen alle Sportler teilnehmen. Nach den leichtathletischen Vorwettkämpfen um 9 Uhr vormittags, nimmt um 1 Uhr mittags der Umzug vom Roßplatz seinen Anfang und zieht sich durch die Stadt nach dem Festplatze. Hier wird sich ein ziemlich buntes Bild zeigen: Reigenschwimmen, Rettungsschwimmen, Wasserballspiele, Entscheidungskämpfe der Leichtathleten, Aufführungen der Schwerathleten, wie Jongleurreigen, Tauziehen, Ringkämpfe, Boxkämpfe, Freiübungen und Turnspiele der Turner, Volkstänze und Spiele der Naturfreunde usw. Neu für Halle ist die Aufführung des lebenden Schachbrettes durch den Schachverein Halle. Den Abschluß geben uns die Fußballer mit einem Freundschaftsspiel.

Arbeiter und Sportsfreunde! Nur noch kurze Zeit trennt uns von der Reichs-Arbeiter-Sport-Woche. Werbt jetzt schon eifrig für diese Veranstaltungen und zeigt, daß Ihr Interesse habt an der Arbeitersportbewegung; wisset, daß die Arbeitersportbewegung wichtige Arbeit für den proletarischen Befreiungskampf leistet. Darum haltet Euch frei und unterstützt die Veranstaltungen!

Sport

Mitteldeutsche Spielvereinigung

Wie schon am Mittwoch im „Klassenkampf" bekanntgegeben wurde, ist es der Spielvereinigung gelungen, zum 5. Juni (2. Pfingstfeiertag) eine ausländische Fußballmannschaft nach Halle zu verpflichten. Zum ersten Male stehen seit 1914 österreichische Arbeitersportler, gegen deutsche Arbeitersportler im deutschen Fußballspiel auf dem Minervaplatz (Rosengarten) gegenüber. Freunde des Sports sollten nicht versäumen, diesem interessanten Spiel beizuwohnen. Bei den Arbeitersportlern wird allerdings Sport betrieben, aber nicht, wie im bürgerlichen Lager, wahre Hetzjagden nach Pokalen, Kränzen usw.

Der Bezirksvorstand hat zu obigem Spiele eine Bezirksmannschaft in folgender Aufstellung bestimmt:

Wien (Min.)

K. Keller (Min.) — Kining (Gröbers)

Patan (Min.) — Lehlmann (Gröbers) — Siemann (Min.)

Bauer (Wörmlitz) — Bohnhardt (Wörmlitz) — Troll (Dölau) — Zeising (Min.) — F. Keller (Min.)

Ersatzleute sind Fritze und Schütze, beide Minerva. Den Dreß und der Linienrichter ist K. Rauch von Leipzig.

Die Spieler, sowie Ersatzleute und Linienrichter müssen 1½ Uhr im Restaurant „Erholung" (Rosengarten) sein.

Kassierer stellt Minerva II. und der Bezirk 2. Außerdem hat Minerva für vier Ordner zu sorgen. Beginn des Spieles pünktlich ½6 Uhr. Alles nähere wird an Plakaten bekanntgegeben.

Arbeiter und Arbeitersportler, zeigt durch Massenbesuch eure Sympathie für die proletarische Sportbewegung.

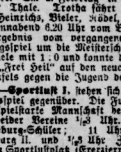
HSK. „Minerva 09". Am Sonntag, dem 1. Pfingstfeiertag, hat unsere 1. Mannschaft „Kornkiste I." Erfurt zu Gaste, um gegen hiesigen Verein ein Freundschaftsspiel auszutragen. Die Mitglieder treffen sich zum Empfang der Erfurter um 7 Uhr am Hauptbahnhof. Das Spiel findet am Nachmittag um ½4 Uhr auf dem Sportplatz am Rosengarten statt. Vordem um 1½ Uhr spielt unsere II. Elf gegen Taxania II. und anschließend an das Spiel der 1. Mannschaft spielen Minerva-Jugend—Astania-Jugend. Außerdem steht unsere 1. Schüler—VfB Lettin um 10 Uhr auf deren Platze gegenüber. Minerva III.—Astania III. in Rieleben. Treffpunkt ½11 Uhr am Berliner Bahnhof. Am 2. Feiertag fahren M. Sch. I. und II. nach Teicha. Abfahrt 11.16 Uhr Hauptbahnhof. Alle anderen Mannschaften sind spielfrei, damit sich jeder das internationale Städtespiel ansehen kann. Zu diesem Spiel sind von Minerva folgende Leute aufgestellt: Wien, Keller I., Siemann, Patan, Keller II, Zeising, Ersatz: Fritze und Schütze. Bitte auch das heutige Inserat zu beachten.

VfB. Teutha. Die Sondermannschaft des VfB. Teutha spielt die Pfingstfeiertage im Harz. Am 1. Feiertag tritt die Mannschaft einer kombinierten des Sportvereins Wedderstedt gegenüber. Am 2. Feiertag in Thale, gegen die Sondermannschaft der „Sportfreunde" Thale. Teutha führt mit folgender Aufstellung: K. Stuhlaut, Bettram, Henze, Heinrichs, Bieler, Nöbel, Schröder, Sommer, Richter, Pfeiffer, Rautsch. (Abfahrt Sonnabend 6.20 Uhr vom Bahnhof Teutha, Treffpunkt ½9 Uhr bei „Liebig". Spielergebnis von vergangenem Sonntag: SVB. Teutha Jugend I. schlug im Entscheidungsspiel um die Meisterschaft der Jugendklasse Wörmlitz I. Jugend nach schönem Spiele mit 1:0 und konnte die Meisterschaft zum zweiten Mal nach Halle bringen. Ein „Frei Heil" auf den neuen Meister. Am 1. Feiertag spielt Teutha Jugend in Weißenfels gegen die Jugend des Sportvereins Fichte.

Turnerbund I. Zangenberg—Sportlust I. stehen sich am 1. Pfingstfeiertag, nachmittags 4 Uhr, im Freundschaftsspiel gegenüber. Die Fußballabteilung des Turnerbundes ist eine äußerst starke spielstarke Mannschaft des Zeitzer Bezirkes. Vorher spielen die 1. Mannschaften beider Vereine ½3 Uhr. Am 2. Feiertag spielen: 10 Uhr Fichte-Schüler — Reiboburg-Schüler; 11 Uhr Fichte II. — Reinsdorf I.; 1 Uhr Zangenberg II. — Reiboburg II. und ½3 Uhr Zangenberg I. — Reiboburg I. Sämtliche Spiele finden auf dem Sportplatz (Greizerplatz an der Deffauer Straße) statt. Durch dieses Programm ist allen Sportfreunden Gelegenheit gegeben, sich von den Leistungen der Arbeitersportler zu überzeugen.

HSK. Teutonia. Die Spiele am 2. Feiertag gegen Naguhn fallen aus. Am 1. Feiertag früh 10 Uhr spielt die II. — Greppin II. und ½12 Uhr die I. — Greppin I. auf unserm Platze Montag, den 2. Feiertag. Teutonia-Jugend gegen Sportvereins-Jugend ½2 Uhr auf den Brandbergen.

Sportfreunde



Beim nächsten Bedarf von Drucksachen denke an die Druckerei des „Klassenkampf", Halle, Lerchenfeldstr. 14; sie liefert Statuten, Programme, Mitteilungsblätter, Karten usw. schnell, gut und preiswert. Fernruf Nr. 2251

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen Fritz Krod; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Hallische „Klassenkampf"-Leser!

Die freiwilligen Spenden für den „Klassenkampf" werden in unserem Verlage, Lerchenfeldstraße 14, in der Zeit von morgens 7 bis nachmittags 5 Uhr entgegengenommen. Unterstützt Eure Presse!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220602-14/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Die Kavallerie rückt an

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bringen folgende Mitteilung über die Gründung eines Mitteldeutschen Kavallerieverbandes:

Gera, 1. Juni. Dem Beschlusse der Kavallerievereine 1921 in Halle folgte jetzt in Gera die Tat, indem unter zahlreicher Beteiligung ein Mitteldeutscher Kavallerieverband gegründet wurde, der alle Reitervereinigungen des Freistaates Sachsen, Großthüringens und der Provinz Sachsen vereinigt. Gastgeber war der Verein „ehemaliger Kavalleristen zu Gera", der gleichzeitig sein 25jähriges Stiftungsfest feiern konnte. Als Vorsitzende des Kavallerieverbandes wurden die Kameraden Blättermann (Erfurt) und Schnar (Leipzig) gewählt. Zweck des Verbandes ist, die alte Reiterkameradschaft zu vertiefen und gleichzeitig den Kameraden alljährlich Gelegenheit zu geben, sich zum Appell wieder zu treffen und alte Erinnerungen wach zu halten. Dem Jubelpreis wurden zahlreiche Geschenke anläßlich seines 25jährigen Bestehens überreicht. Der nächste Kavallerieappell findet im September 1923 beim gastgebenden Verein „Deutsche Kavallerie" in Leipzig statt.

Die Orgesch macht Fortschritte. Ueberall schießen Kriegerverbände wie Pilze aus der Erde, und die deutsche Republik sieht ihrem Treiben so arglos zu, als hätte sie keine Entente-Repressalien mehr zu fürchten — im Gegenteil —, als käme ihr ein neuer Kriegsfall äußerst gelegen, um ihre überschüssigen Menschenbestände noch ein wenig zu dezimieren. Irgendein deutscher Professor hat ja ausgerechnet, wieviele Arbeiter noch draufgehen müssen, wenn die kapitalistische Wirtschaft in Ruhe weiterwirtschaften soll. Und da die deutschen Arbeiter bisher so willig ihre Haut für den Geldsack der imperialistischen Kriegsinteressenten zu Markte trugen, spekuliert man weiter auf ihre Dummheit und rüstet frisch und fromm zum nächsten Krieg.

Die Orgeschbrüder könnten sich irren. Wenn sie im September — wahrscheinlich am Sedantag! — zum Appell antreten, werden sie Reiter ohne viel Rosse sein, und die Gegenkundgebungen der deutschen Arbeiter werden ihnen beweisen, daß der Prolet nur noch für die soziale Revolution und für nichts anderes mehr zu haben ist.

Der Amnestieschwindel

Vor dem Reichsgericht fand dieser Tage eine Verhandlung statt wegen Vorgängen während des mitteldeutschen Generalstreiks im Frühjahr 1919. Die Angelegenheit liegt also über drei Jahre zurück, aber die Weiße Justiz läßt ihre Opfer nicht los — es handelt sich ja um Arbeiter. Am 1. März 1919 waren in Zeitz Unruhen entstanden, weil das damals dort liegende Militär von einem Offizier aufgeputscht worden war, den Generalstreik der Arbeiter mit Waffengewalt abzuwürgen. Der kappistische Rittmeister, um einen solchen handelte es sich, denn er spielte im Kapp-Putsch eine ziemliche Rolle und wurde damals vom Reichsanwalt gesucht, ging natürlich straffrei aus, aber eine ganze Anzahl Zeitzer Arbeiter mußten wegen dieser Vorgänge ins Gefängnis und Zuchthaus wandern. Eingelegte Revisionen wurden vom Reichsgericht verworfen, so jetzt auch die letzte am vergangenen Montag. In dieser Verhandlung spielte die Amnestiefrage eine große Rolle. In der erstinstanzlichen Verhandlung in Naumburg, die im Jahre 1920 stattfand, berief sich der Staatsanwalt, um drakonische Strafen verhängen zu können, darauf, daß der damalige mitteldeutsche Generalstreik ein politischer war, der als Endziel den Sturz der Regierung und die Sprengung der Nationalversammlung bezwecken sollte. Diesen Umstand benutzte der Verteidiger der Angeklagten, bei der Revision Amnestierung zu beantragen, da inzwischen, am 4. August 1920, ein Amnestiegesetz beschlossen worden war, das sich auch auf alle Straftaten bezog, die im Zusammenhang mit politischen Dingen standen. Davon will das Gericht aber nichts wissen. Der Naumburger Staatsanwalt steht jetzt im Gegensatz zu seiner früheren Meinung auf dem Standpunkt, daß der mitteldeutsche Generalstreik kein politischer war, und der Reichsanwalt schloß sich dem natürlich an. Andernfalls hätten ja die Angeklagten amnestiert werden müssen. Wir wundern uns über diese Stellungnahme der Staatsanwaltschaft nicht, auch nicht über die Entscheidung des Reichsgerichts, das die Revision und den Amnestieantrag verwarf. Aber der Fall beweist wieder deutlich, wie unsere Gerichte urteilen, wenn Arbeiter in Frage kommen. Auch der Amnestieschwindel wird immer offenbarer. Amnestiert werden nur Kappisten, aber keine Arbeiter. Blieb in diesem Falle der Staatsanwalt bei seiner erstinstanzlichen Auffassung, dann mußte das Amnestiegesetz in Anwendung kommen. Das Gesetz ist sonach vom Staatsanwalt direkt sabotiert worden. Was sagt der sozialdemokratische Reichsjustizminister Radbruch dazu?

Das unparteiische Gericht im Klassenstaat

In Erfurt fand am 31. Mai vor dem Landgericht die Verhandlung gegen den Genossen Otto Kühn aus Erfurt wegen Landfriedensbruch statt. Kühn hatte am 4. September 1921 eine französische Munitionsladung für die polnische Armee auf dem Erfurter Bahnhof beanstandet und vernichtet. Der Verteidiger Justizrat Dr. Fränkl (Berlin) lehnte den Vorsitzenden und die vier Beisitzer der Strafkammer wegen Befangenheit ab. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Schnelle habe am 10. April 1922 die Schwurgerichtsverhandlung gegen Kühn und Genossen geleitet und den Angeklagten als „gemeingefährlichen und unverbesserlichen Verbrecher" bezeichnet. Ueber den Antrag Fränkls bereiten die abgelehnten Richter selbst und kamen zu dem Beschluß, daß bei dem Vorsitzenden allerdings die Besorgnis zur Befangenheit vorliege, sie sich aber selbst nicht für befangen erklären. Der nun neubestellte Vorsitzende Gerichtsassessor Blumenfeld wurde wiederum von Dr. Fränkl abgelehnt, da auch er an dem Strafgerichtsurteil gegen den Genossen Kühn mitgewirkt hat. Blumenfeld leugnete dies ab, als ihm aber Fränkl das Protokoll vor die Augen hielt, verließ er den Gerichtssaal und erklärte sich als befangen.

Nach längerer Pause war endlich das Gericht soweit zusammengesetzt, daß die Verhandlung beginnen konnte. Die Beweisaufnahme ergab, daß Genosse Kühn als Obmann des Betriebsrates des Güterbahnhofes in Erfurt sich im Auftrag der Gewerkschaften und der Erfurter Eisenbahner, Waffen- und Munitionstransporte, die gemäß den Anweisungen der Gewerkschaftsinternationale unbedingt verhindert werden sollten, annahm, sie zu verhindern suchte und die ausgeladene Munition in Brand setzte. Es war zu befürchten, daß der Transport nach Arbeitsschluß auf Weisung der Direktion weitergeleitet wurde. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger Dr. Fränkl wies die Ausführungen des Staatsanwalts scharf zurück und erklärte, daß die Handlung Kühns keine Rechtswidrigkeit gewesen ist. Die Kriegsgefahr zwischen Polen und Rußland sollte durch diese getroffenen Maßnahmen und die Solidaritätskundgebung der deutschen Arbeiterschaft für das russische Proletariat verhindert werden.

Das Gericht verurteilte den Genossen Kühn zu neun Monaten Gefängnis, da seine Handlung Deutschland in diplomatische Schwierigkeiten mit der Entente gebracht habe. Die Untersuchungshaft von acht Monaten wird auf die Strafe mit angerechnet. Gegen das auf so sonderbare Weise entstandene Urteil ist Revision beim Reichsgericht eingelegt. Ob Herr Reichsjustizminister Dr. Radbruch angesichts solcher Vorkommnisse, wie sie sich bei dieser Verhandlung gezeigt haben, die deutschen Gerichte immer noch als unparteiisch bezeichnet?

Unsere Trägerinnen kassieren

in den kommenden Tagen den Abonnementspreis für Juni ein und beträgt derselbe einschließlich des Botenlohns 25 Mark. Wir bitten, den Trägerinnen durch Bereitlegung des Betrages die Einkassierung zu erleichtern.

Merseburg

Eine Zwangseinquartierung mit Hindernissen. In dem Hause des Geschäftsinhabers Thomas war eine Wohnung frei geworden, die er nicht gemeldet und in die er seine verheiratete Tochter nebst Schwiegersohn hineingenommen hatte. Sipoamte reflektierten auf die Wohnung und Thomas bot diesen drei Räume im dritten Stock an, die sie ablehnten. Sie wollten eben die genannte Wohnung haben. Der Hausbesitzer wehrte sich dagegen, da er der Auffassung ist, daß ihm niemand da etwas dreinzureden hat. Verhandlungen mit dem Wohnungsamt waren ohne Ergebnis. Schließlich soll Thomas gedroht haben, jeden zu erschießen, der ohne seinen Willen in die Wohnung einziehe. Nun sollte die Zwangseinquartierung vor sich gehen; der Unglücksvogel, dem das Wohnungsamt die Wohnung zugewiesen hatte, war ein verheirateter Sipomann. Die Straße war in Erwartung besonderer Ereignisse von der Sipo abgesperrt und das Haus regelrecht belagert. Die Haustür abgeschlossen, der Schlüssel steckte innen; außerdem war sie innen mit Sicherheitsschlössern, Ketten und anderen Sachen verbarrikadiert. Als der erste Sipostoßtrupp versuchte, die Türe aufzubrechen, kam von oben der Nachttopf mit Inhalt geflogen. Auch andere Abwehrmittel wurden versucht; es half aber nichts, der „Einbruch" gelang den vereinten Bemühungen. Aber auch jetzt gab es noch Schwierigkeiten. Den Eingedrungenen flog der Inhalt von Schnupftabak- und Pfeffertüten ins Gesicht, so daß sie einen Moment einhalten mußten, um sich zu „sichern". Gasmasken hatte man leider vergessen. Schließlich blieb die Sipo aber doch Sieger und setzte ihren Kameraden in die Wohnung. — Es fragt sich, wer in diesem Falle das Recht auf seiner Seite hat. Sicherlich hat der Hausbesitzer Unrecht, wenn er meint, er könne über seine Räume verfügen, wie er wolle. Ob aber der eingesetzte Sipomann an der Reihe war, dem eine Wohnung zugewiesen werden sollte, steht noch nicht fest. Hat der Hauseigentümer in diesem Falle das Recht auf seiner Seite, dann ist das Vorgehen der Polizei ein Skandal, ist jedoch das Wohnungsamt im Recht, so wäre es angebracht, die Schärfe der Exekutivbehörde dort in ungleich schärferer Form anzuwenden, wo tatsächlich oftmals nur zwei, drei Personen nicht wissen, was sie mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Raum anfangen sollen. Manche Einwohner warten auch viel länger auf Zuweisung einer Wohnung, als die Sipobeamten angemeldet sind.

Oberröblingen

Ein Zugzusammenstoß, der an sich weniger Schaden verursacht hat, aber leicht zu einem größeren Unglück hätte führen können, ereignete sich am Donnerstagmorgen auf dem Rangiergleis. Einem Güterzug fuhr eine Rangierabteilung in die Flanke, so daß die Lokomotive und ein Packwagen entgleisten. Die wilsesten Gerüchte waren schon im Umlauf.

Mansfeld

Die Aermsten! In der Generalversammlung der Elektrischen Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier wurde beschlossen, keine Dividende zur Ausschüttung zu bringen, vielmehr den erzielten Ueberschuß zu Rückstellungen und Abschreibungen zu verwenden. Demnach werden 13 003 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. — Die armen Aktionäre sind wirklich zu bedauern und sie werden hoffentlich nicht dem Fahrpersonal Konkurrenz machen und selbst die Wagen fahren, um etwas zu verdienen. Man muß staunen, wie die Aktionäre der Kleinbahn es noch aushalten, wenn man sie so „abgemagert" und „abgerissen" sieht. Wie wäre es mit einer Hilfsaktion für dividendenlose Aktionäre!

Eilenburg

Nasser Tod. Beim Baden in der Mulde ertrank der Kellner Georg Wettig. Er hatte mit einem Freunde eine Gondelpartie unternommen. Oberhalb der Eisenbahnbrücke kamen beide auf den Gedanken zu baden. Sie sprangen an verbotener Stelle in die Mulde, der Bedauernswerte wurde von der Strömung mit fortgerissen und ertrank. Der Leichnam wurde nach kurzer Zeit aufgefunden.

Bockwitz

Eine stürmische Versammlung war die letzte Generalversammlung des Konsumvereins. Sie war außerordentlich stark besucht, weil etwas in der Luft lag. Nach dem Geschäftsbericht und dem Bericht über den Unterverbandstag in Dessau setzte eine lange und leidenschaftliche Debatte ein, die die Kritik an der Wurzel des ganzen jetzigen Genossenschaftswesens, wie es von oben anfängt und unten aufhört, anlegte. Das Verhalten der gesamten Genossenschaftsbureaukratie, die seit jeher eine kapitalistisch-händlerische, statt eine proletarische Wirtschaftspolitik getrieben hat und noch treibt, wurde aufgezeichnet. Die Umsatzsteuerfrage, der Zwischenfall in Dessau und andere Unterlassungssünden wurden aufgerollt. Ein großer Teil der Mitglieder forderte eine andere Einteilung der Genossenschaftsinstanzen, die mehr wie bisher den Klasseninteressen ihrer Mitglieder Rechnung trägt. Auf eine Anfrage, wie sich die beiden Vertreter in Dessau zu der Prügelei der ersten Bonzen verhalten haben, geben sie eine ausweichende Antwort. Eine solche Aussprache hatte noch keine Generalversammlung erlebt. Unter der gerechten Kritik mußten selbst die leitenden Persönlichkeiten zugeben, daß die heutige Form der Genossenschaften herzlich wenig mit den proletarischen Interessen zu tun hat. Sie wollten, aber konnten es nicht verhindern, daß die Mitglieder grundsätzlich Stellung nahmen zu dem ganzen Werdegang der Konsumvereine. Bei der Wahl von vier Aufsichtsratsmitgliedern wurde es immer lebendiger. Es standen sich scharf zwei Gruppen gegenüber, eine proletarische und eine kleinbürgerliche und SPD.-Verwaltung. Trotz Aufbietung aller Reserven (denn man hatte Mitglieder durch Hausagitation aufgeboten, die kaum jemals eine Versammlung besucht haben), konnte von den Strategen nicht verhindert werden, daß im ersten Wahlgang ein KPD.-Vertreter mitgewählt wurde. Es fanden noch Stichwahlen statt, wo mit nur einigen Stimmen Mehrheit diese Vertreter des bezopften Genossenschaftssystems ihren Einfluß vor dem Ansturm der KPD.-Mitglieder halten konnten. Die ganze Versammlung zeigte so richtig den Geist des alten Systems, der dadurch einmal aus dem Gleichgewicht ihrer kleinbürgerlichen Einstellung herausgefallen war. Vom Befreiungskampf keine Spur. Nur ein Anlehnen an den bisherigen Apparat. Die klassenbewußten Mitglieder hier fordern aber — ehe es zu spät ist —, die Konsumgenossenschaftsbewegung für den Klassenkampf des Proletariats und ihre Eingliederung in die gemeinsame Front dienstbar zu machen, auch dann wird es in Zukunft weiter gefordert werden, auch wenn einige dabei aus dem Gleichgewicht kommen. Die hiesige USPD.-Vertretung ist noch bürgerlicher wie die SPD. selbst. Sie unterscheiden sich nur dem Namen nach. Die Handlungen sind die gleichen. Man wollte absolut den Vertretern der KPD. den Weg in die Verwaltung versperren. Warum. Fürchtet man etwas? Es ist ihnen nicht ganz gelungen. Wie von gewisser Seite gearbeitet worden ist, geht daraus hervor, daß man Hausagitation getrieben hat und nicht immer beim rechten Mann gekommen ist. Ihre Parole war: W. und N. dürfen nicht gewählt werden. Arbeiterfeinde machen es auch so!

Liebenwerda

Ernährungsfragen behandelte eine in Elsterwerda stattgefundene Kreiskartell- und Betriebsrätekonferenz, die hierzu einstimmig folgende Resolution annahm: „Die am 21. Mai 1922 tagende Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB. von Elsterwerda, Liebenwerda, Mühlberg, Falkenberg, Tröbitz und des Bockwitzer Industrierevier-Ausschusses beschließt nach einem Vortrag des Bezirkssekretärs Berkling an den ADGB. erneut mit der Aufforderung heranzutreten, seinen ganzen Einfluß gemeinsam mit dem AfA-Bund und dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine aufzubieten, damit die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt wird. Diesem Zwecke dient die Beibehaltung des Umlageverfahrens für Getreide, von dem fünf Millionen Tonnen für diesen Zweck durch die Reichsregierung sichergestellt werden müssen. Weiter verlangt die Konferenz auch die Einführung des Umlageverfahrens für Kartoffeln und beantragt, daß mindestens 4½ Millionen Tonnen Speisekartoffeln dafür von der Regierung beschlagnahmt werden. Die Konferenz weist ausdrücklich auf die in Arbeiterkreisen vorhandene Erbitterung hin, die aus dem Wucher mit Lebensmitteln entstanden ist. Die Konferenz hat Kenntnis genommen, daß der Zentralverband Deutscher Konsumvereine in der Ernährungsfrage in Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium steht, jedoch der ADGB. nicht beteiligt ist. Die Konferenz wünscht, daß in dieser Frage der ADGB. und der Zentralverband Deutscher Konsumvereine gemeinsam vorgehen und daß durch die Bezirkssekretariate des ADGB. die Ernährungsfrage und ihre Lösung dem Verbraucher deutlich gemacht wird. Die Konferenz erinnert an die Forderung der Erfassung der Sachwerte und erwartet, daß alle tauglichen Mittel zur Durchführung dieser Forderung eingesetzt werden." — Die lange Resolution riecht stark nach rechtssozialistischer Farbe; sie ist satt- und kraftlos und wird bei den in Betracht kommenden Stellen nicht den geringsten Eindruck machen. Schließlich kommt es ja auch weniger auf Worte und Resolutionen an, sondern mehr denn je auf den energischen Willen, den Worten Taten folgen zu lassen. Die Regierung weiß aber, daß der ADGB. und seine Verklinge daran gar nicht denken und sie geht deshalb über diese Resolution zur Tagesordnung über. Die Arbeiter sollten das auch wissen und von ihren Gewerkschaftsführern deshalb eine andere Einstellung verlangen.

Halle a. d. S., Leipziger Strasse 100.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220602-14/fragment/page=0006

Leben · Wissen · Kunst

Der Liebe Pilgerfahrt

48] Roman von Upton Sinclair

„Mein Lieber", sagte er, „ich habe noch nie einen Menschen gekannt, der so wenig Freunde hatte wie sie. Wie können Sie hoffen, mit Ihren Werken das Interesse der Menschen zu erwecken, wenn Sie nicht in die Welt hinausgehen, erfahren, was die Leute tun und treiben?"

„Ich kann nur dann in der Stadt leben, wenn ich eine Stelle annehme", warf Thyrsis ein.

Das war für Channing allzu bestimmt, er ging hastig zu etwas anderem über. Er hatte vor kurzer Zeit den „Höheren Kannibalismus" gelesen und konnte Thyrsis das Buch nicht verzeihen. Ein junger Mensch von Thyrsis' Alter habe nicht das Recht, so verbittert zu sein; es müsse für diese Stimmung einen tiefliegenden, fruchtbaren Grund geben. Derart zerstöre er sich selbst, zernage in der Einsamkeit sein Herz, versinke in dem eigenen Unglück, in den Gefühlen eines hypertrophierten Ichs.

Sie setzten sich an einen kleinen Bach. „Sie müssen aus sich selbst herauskommen", belehrte ihn der Kritiker. „Müssen wieder normal werden, ins seelische Gleichgewicht kommen. Vielleicht hülfe Ihnen ein Liebeserlebnis. Sie könnten einer Frau begegnen, die Sie fortreißt. Ich weiß, welche Art Frau Ihnen nottut. Die Frau des Westens, die großmütige, gelassene, mütterliche Frau, in deren Armen Sie Frieden fänden."

Thyrsis schwieg einen Augenblick, dann sagte er leise: „Sie vergessen, daß ich verheiratet bin."

Der andere zuckte die Achseln: „Trotzdem kommt so etwas vor."

Bisher hatte Thyrsis dem Kritiker widersprochen, seine eigenen Ansichten verfochten. Nun verstummte er. Diese Worte hatten ihn tief gekränkt; hier in seinem Heim, fast in der Gegenwart seiner Frau, kamen sie ihm wie eine Beschimpfung vor. Jählings wandte er sich an Channing mit der Frage: „Sie glauben, ich hätte eine Puppe geheiratet?"

Der andere wich zurück. „Wie kann ich das beurteilen?"

„Nein, aber wie können Sie mir dann einen solchen Rat geben?"

„Ich sehe doch, daß Sie nicht glücklich sind . . ."

„Das stimmt, doch will ich von anderen Frauen nichts wissen."

Thyrsis schwieg abermals. Sollte er diesem Mann sein Leben erklären? Es hätte keinen Sinn. „Meine Frau gehört nicht zu Ihrer Klasse", meinte er schließlich.

„Was wollen Sie damit sagen?"

„Sie besitzt weder Ihre Kultur noch Ihre Aesthetik. Kann nicht schreiben, nicht singen, versteht nichts von alledem, was Ihre Frau weiß. Aber selbst wenn sie nicht die großmütige mütterliche Frau wäre, von der Sie sprachen, so hat sie doch um meinetwillen gehungert und gelitten. Fesselt mich nicht die elementarste Treue an sie?"

„Sie haben mir meine Aufrichtigkeit übelgenommen."

Thyrsis lachte. „Dulden Sie keine Erwiderung auf Ihre Kritik? Wenn ich Sie auf etliche Ihrer Fehler als Kritiker aufmerksam machte?"

Channing erwiderte, er habe nichts dagegen.

„Gut, dann will ich Ihnen sagen, daß Sie den Grund meines Kummers mißverstehen. Was uns, meiner Frau und mir, das Leben erschwert, ist Armut, der Mangel an Möglichkeiten. Wir tun, was wir können, ich kenne niemanden, der mehr erttagen und genommen hätte als wir."

Channing schien äußerst beleidigt. Er sprach von anderen Dingen, erhob sich bald und schritt mit Thyrsis dem Hause zu. Während er mit seinem Chauffeur sprach, beobachtete ihn Thyrsis und sann nach. Das gleiche war ihm in der Stadt begegnet, würde ihm überall begegnen. Wie unglücklich auch immer er mit Corydon sein mochte, stets würde er ihre Partei ergreifen. Diese Loyalität gegen Corydon hielt ihn fest; ihr Charakter mußte für ihn Gesetz, ihre Bedürfnisse mußten Maßstab sein. Aber dadurch wird er täglich ihr ähnlicher, seinem wahren Ich unähnlicher werden.

III

Er betrat das Haus. In dem einen Zimmer schlief das Baby, auf der Veranda unterhielten sich Frau Channing und Corydon. Corydons Stimme bebte vor Erregung.

„Mir fehlt jedes Vertrauen", hörte er sie sagen. „Andere Frauen sind ihrer selbst so sicher, sind ruhig, abgeklärt."

„Weshalb können nicht auch Sie so sein?" fragte Frau Channing.

„Ich habe mir ein allzu hohes Ziel gesetzt, verlange zuviel, verschulde selbst mein Unterliegen. Dies wurzelt in den Bedingungen meines Lebens. Immer wurde ich besiegt, unterdrückt. Alles treibt mich zu mir selbst zurück. Ich vermag nichts zu tun, kann bloß dulden, leiden, warten. Alle Einflüsse, die mein Leben berührten, sind negativ. — Ich kranke am Nein des Lebens."

„Woher stammt das Zitat?"

„Aus einem Gedicht von mir."

„Sie schreiben Gedichte?"

„Ich finde darin eine Hilfe."

„Sagen Sie mir das ganze Gedicht."

„Es . . . es würde Ihnen kaum gefallen," meinte Corydon besann sich, zögernd, „ich hatte nie daran gedacht, jemandem . . ."

„Es würde ich interessieren," entgegnete Frau Channing.

Corydon sprach mit leiser Stimme etliche Verse, die sie in einsamen Nachtstunden geschrieben. Frau Channing schwieg. „Glauben Sie", fragte Corydon schließlich, „es lohne sich für mich zu schreiben?"

„Das Gedicht ist ehrlich, tief empfunden. Was mir jedoch am meisten auffällt, ist Ihre Stellung dem Leben gegenüber. Es ist schrecklich, daß eine junge Frau so empfindet. Sie dürfen nicht in einen derartigen Zustand geraten."

„Was soll ich dagegen tun?"

„Sie müssen etwas finden, das Ihren Geist beschäftigt. Sie dürfen nicht soviel über sich selbst nachdenken, sondern müssen irgendwie aus sich selbst herauskommen."

Thyrsis lauschte gespannt; Frau Channings Stimme verriet, sie wende ihre ganze Energie an, um Corydon zu überzeugen. Es verlangte ihn, zu den beiden Frauen zu treten, zu rufen: „Nein, nein, das ist nicht das rechte!"

Doch verharrte er wie angewurzelt, während Frau Channing fortfuhr: „Ihr Unglück entspringt der Tatsache, daß Sie nicht von sich loszukommen vermögen. Sie brauchen aufbauende Arbeit, meine Liebe, und wenn dies auch nur die Erziehung Ihres Babys ist. Sie müssen einsehen lernen, daß Sie nicht der einzige unglückliche Mensch auf der Welt sind. Ich kenne zum Beispiel eine arme Wäscherin, eine Witwe mit vier Kindern . . ."

„Bitte, hören Sie auf!" Corydon schnellte von ihrem Stuhl empor

„Was geschah?"

„Ich kann Ihnen nicht länger zuhören. Sie wissen nicht, was Sie sagen, verstehen nicht mich im geringsten."

Thyrsis begab sich in die Küche, rief: „Bist du da, Liebste?"

„Ja" entgegnete Corydon, und Thyrsis trat auf die Veranda. Er sah, daß Corydon totenblaß war. „Plaudert Ihr noch immer?" fragte er mit erzwungener Fröhlichkeit. Frau Channing bejahte; Corydon sagte hastig: „Entschuldigen Sie mich für einen Augenblick" und eilte fort.

Thyrsis setzte sich und sprach vom Wetter und den schlechten Straßen, bis Herr Channing erschien. Corydon ließ sich nicht mehr blicken. Thyrsis begleitete die Besucher bis an ihr Automobil. Sie versprachen wiederzukommen, doch wußte er, daß sie es nicht tun würden.

IV

Als er ins Haus zurückkehrte, fand er Corydon nicht. Nach einigem Suchen entdeckte er sie im Wald.

„Ist diese Frau fort?" rief sie ihm entgegen.

„Ja, Liebste."

„Wie konnte sie wagen, zu mir so zu sprechen? Wie konnte sie . . .? Und nun ist sie in ihrem Automobil fortgefahren. Gestern übernachtete sie im Hotel, zahlte fünf Dollars für das Zimmer. Heute erzählt sie mir von ihrer Wäscherin! Nun kehrt sie in ein schönes Heim zurück, hat Dienst, ein Klavier, eine Erzieherin für ihre Kinder, alles, was sie sich wünschen kann. Und sie sagte, ich solle mich „beschäftigen". Woher nahm sie das Recht, herzukommen und mir ins Gesicht zu treten?"

„Weshalb gestattetest du es ihr, Liebste?"

„Ich habe niemand, dem ich mich anvertrauen kann", rief Corydon. „Niemand! Und sie wollte von mir mehr wissen, ich glaubte, sie fühle Teilnahme, verstünde mich."

„Sie ist eine Weltdame, Liebste."

„Sie hat mich bloß in Stücke zerlegt, suchte nach Material für ihre Arbeit. Ich war für sie ein erschreckendes Beispiel: neurasthenisch, ganz in die eigenen Gefühle vertieft, die moderne Frau. Sie hielt mir eine lange Predigt, ich solle mich mehr beschäftigen. Beschäftigen." Corydon lachte hysterisch. „Beschäftigen! Ich wasche, kleide das Kind an, warte es. Koche ihm sechs Mahlzeiten täglich und drei für uns. Ich halte alles sauber. Und bin dann so erschöpft, daß ich kaum stehen kann. Außerdem fühle ich mich fast immer krank und elend. Grüble ich über meine Sorgen, so kommt es daher, weil ich nichts anderes habe, um meine Gedanken zu beschäftigen. Wie ich diese Frau hasse. Wie ich sie hasse!"

(Fortsetzung folgt.)

Im Zuchthaus

Lied eines unpolitischen Gefangenen

Ich weiß nicht, ob er Unrecht ist
oder Recht, der Gesetze Zwang:
wir wissen hier im Zuchthaus nur,
daß enge Hof und Gang
und daß jeder Tag als wie ein Jahr,
ein Jahr, des Tage lang.

Mit blutgen Nägeln reißen wir
geteertes Tau entzwei;
und wischen Flure und putzen Türen
und hölzern Allerlei:
wir seilen die Bohlen, in Reihn wie befohlen,
die Eimer klappen dabei.

Im Herzen immer Mitternacht,
und Zweilicht in der Zell,
wir drehn das Rad und reißen den Strick
in unsrer eignen Höll;
und das Schweigen ist viel fürchterlicher
als Glocken schrill und grell.

Und niemals naht ein Menschenlaut
und spricht ein sanftes Wort:
Fühllos und hart ist der Blick, der sich
durch der Türe Guckloch bohrt,
bis vergessen von allen in Elends Krallen
Seele und Leib verdorrt.

Oskar Wilde.

Neues für Arbeiterbühnen.

Der Malik-Verlag, Berlin, hat in Band 10 der Sammlung revolutionärer Bühnenwerke zwei für die Aufführung durch Arbeiterbühnen sehr geeignete Einakter von Karl August Wittfogel herausgebracht: „Die Mutter" und „Der Flüchtling".

In beiden Dichtungen bestätigt sich das künstlerische und revolutionär-ethische Wachstum des Verfassers, dessen Erstlingswerk „Rote Soldaten" in der kommunistischen Presse inhaltlich vollberechtigten Widerspruch erfuhr und zu dessen erotischem Schauspiel „Der Mann, der eine Idee hat" man am besten ganz schweigt in der Hoffnung, es möge nie eine Aufführung durch Arbeiter erleben. Um so mehr erfreuen die letzten Produkte seines Schaffens, die beide der proletarischen Wirklichkeit, dem revolutionären Kampf entnommene, sehr gut durchgeführte Konflikte zur Basis der Handlung haben.

„Die Mutter" hat eine starke Verwandtschaft mit der Mutter in Georg Kaiser's Drama „Gas", aber sie besitzt doch viel Vorzüge im Vergleich mit dieser, sie ist vor allen Dingen vom Dichter in eine ganz andere Denkzone gerückt und erreicht unbedingt die Höhe revolutionärer Bereitschaft, auf der so manche Proletarierin ihren Klassengenossinnen voranstürmt. Nun steht sie in gewaltiger Vorbildlichkeit führend über all den Frauengestalten, die Dichter sonst geschaffen. Das Werk „Die Mutter" hätte Wittfogel mit seinem Takt „allen in der roten Front kämpfenden Frauen der Welt" widmen dürfen, ohne diese Frauen zu beleidigen, wie durch eben diese Widmung vor „Der Mann, der eine Idee hat".

Wir bringen zur Illustration unserer Kritik einen Szenenausschnitt, von dem aus ganz gewiß viele unserer Leser „Die Mutter" lieben lernen, und geben nur noch zum besseren Verständnis der Handlung eine ganz kurze Einführung: Die Mutter will ihren Sohn, einen revolutionären Arbeiter, der mit vielen anderen Kampfgenossen im Hungerstreik steht, aus dem Gefängnis befreien. Ein Posten stehender Soldat hat ihr seine Hilfe zugesagt. Aber ein Offizier entdeckt ihren Plan und schießt beide nieder. Die Tochter der Verwundeten ruft Arbeiter heran. Der Offizier läßt Soldaten aufmarschieren.

Der Offizier (zu den Soldaten): Bilden Sie eine Kette! Lassen Sie niemand heran! Im Notfalle werden wir den Platz räumen!

Die Mutter (laut): Im Notfalle werden wir den Platz räumen!

(Dröhnendes Beifallsgeschrei.)

Der Offizier: Ist die Hexe noch nicht tot?

Die Mutter (steigt auf die Bank, die Wunde mit der linken Hand zusammenpressend): Nein, die Hexe ist noch nicht tot! — (Zur Masse): Seht endlich, mit wem ihr es zu tun habt! Sie schießen auf die eigenen Untergebenen! Sie machen nicht halt vor unbewaffneten Frauen! Das ist ihre „Menschlichkeit"! Das sind ihre „heiligsten Güter"!

Der Offizier: Laßt euch nicht verhetzen, Leute! Sie ist eine Frau! Sie verfolgt ihre eigenen Interessen!

Die Mutter: Meine Interessen, ja! Und eure Interessen!

Der Offizier: Sie hat einen Sohn unter den Gefangenen . . .!

Die Mutter: Alle diese hier haben unter den Gefangenen Söhne und Männer und Brüder. (Zustimmendes Gemurmel.) Aber es ist wahr, auch ich habe einen Sohn dabei! Ueberall, wo unsere Männer im Feuer gestanden haben, ist mein Blut mit beteiligt gewesen. Und überall habe ich meinen Beitrag gegeben zu der großen, bitteren Abgabe, die den Unteren von den Oberen auferlegt wird. (Den Offizier anredend): Hast du einmal an der Maschine gestanden? Nein! Aber meine Kinder haben an der Maschine gestanden! Weißt du, was Ueberstunden sind, wenn das Gehirn leer ist und wenn die Augen brennen? Es kam durch Uebermüdung in der dreizehnten Arbeitsstunde. Da sprang ihn die Maschine an. Heulende Räder und Schrauben fielen über ihn her. Als sie mir die blutigen Fleischhaufen in die Küche trugen, glaubte ich ihnen nicht, daß das mein ältester Sohn sei. Aber ich habe ihn seit jenem Tage niemals wiedergesehen.

(Die Menge folgt den Worten der Mutter mit angehaltenem Atem.)

Von Essen ohne Brot, Schlafen ohne Bett, von Bluthusten und Schwindsucht will ich gar nicht sprechen. Das ist das Kainsmal, das uns auf die Stirn gebrannt wird, wenn wir zur Welt kommen! Das ist die Pest, die unserer Klasse vorbehalten wurde! — Diese Pest klopfte einmal — und ich wurde Witwe. Sie klopfte wieder, — und seither trage ich Blumen auch auf Kindergräber.

Eine Stimme: Sie spricht von sich. Aber sie meint uns! Ihr Schicksal ist unser Schicksal! Sie hat mit allen gelitten! Sie ist unser aller Mutter!

Die Mutter: Ob ich euer aller Mutter bin, das weiß ich nicht. Aber eins weiß ich, und das will ich jetzt sagen!

Als Krieg wurde, da habe ich jede Träne geweint, die eine Frau über junges verurteiltes Blut nur weinen kann. — Wie sie die Kaserne verachteten! Und man hat sie doch hineingetrieben! Wie den Staat haßten! Und man hat sie doch auf seinem Opfertisch geschlachtet! Sie wollten sich nicht kleiden lassen wie zu einem Maskenfest. Sie wollten nicht zu Handlungen abgerichtet werden, auf denen sonst die Todesstrafe steht. Sie wollten auf ihre Brüder nicht schießen. Und dann wurden sie doch abgerichtet! Und dann mußten sie doch schießen! (Langsam und traurig): Und die Brüder mußten wieder schießen! —

So ist man mit uns umgegangen, Männer und Frauen! Und das Ende hieß: Massengrab! — Zuerst konnte ich dieses Wort nicht gut hören. Denn ich dachte, es sei eine Bosheit des Schicksals, und ich allein sei gezeichnet. Dann aber kam der Abstand und damit die Einsicht. Die Tochter, die der Dienstherr schändet, der Sohn, dem sie die Zähne ausbrechen, weil er die bestehende Lumperei nicht mitmachen will — das sind verschiedene Früchte. Aber alles kommt aus einer Wurzel und alles aus einem Stamm! Wir sind die Klasse, die ausgestoßen wurde! Frierend und aussätzig treten wir vor den Toren des Paradieses umher. Entweder, man muß alles auf sich nehmen. Dann stirbt man bei lebendigem Leibe! Oder — man muß die Art an die Wurzel legen!

(Zustimmendes Gemurmel.)

Die Arbeiterfrau: Noch vor einer Stunde hätte ich ihr nicht geglaubt. Die Aussperrung aber hat mir die Augen geöffnet, und jetzt weiß ich, daß sie recht hat! — Was soll geschehen, Mutter. Denn es muß etwas geschehen! Alle fühlen, daß etwas geschehen muß!

Die Mutter: Der Weg ist lang. Aber die erste Station ist ganz nahe. (Sie hebt die Hand und zeigt auf das Gefängnis.)

Der Offizier: Das ist offener Aufruhr! Und das darf ich nicht dulden!

Die Mutter: Darfst du nicht! Wir aber dürfen alles dulden! Alles! Offene Plünderung und offene Schande! Den Hochmut der Frauen und die Peitsche der Männer! — Auch wir werden das einmal müde, Mensch! Finden, daß es genug ist, ein für alle Male! Setzen offene Abwehr gegen offene Herausforderung! Und verlangen offene Rechenschaft und offenes Gericht!

Die Menge: Sie sagt es! Sie sagt es!

Der erste Jugendliche: Geh voran, du! Und fürchte nichts! Wir folgen dir, wohin du auch gehst!

Die Mutter: Ihr habt gehört, was der dort gesagt hat? (Sie zeigt auf den Jugendlichen.)

Alle: Wir haben es gehört!

Die Mutter: Ihr wollt mir folgen?

Alle: Wir folgen dir, wohin du uns auch führst!

Die Mutter: Gut, kommt also! Ich werde euch den Weg zeigen, soweit ein Mensch den anderen den Weg zeigen kann! (Sie steigt von der Bank herab und dringt an der Spitze der Menge gegen den Gefängniseingang vor.)

Soviel über „Die Mutter". Eine kurze Besprechung des „Flüchtlings" und ein Probeabdruck daraus erfolgt in einer der nächsten Nummern.

Welche Rolle wählst du?

Von Henry M. Tichenor.

Bereit steht die Bühne.

Die gewaltigen Weltteile, worin Männer und Frauen leben, sind das Amphitheater.

Und der Titel des Schauspiels lautet: „Brüderlichkeit oder die Bestie."

Um sich geschart hat die Bestie ihre wilden Gewalten.

Sie ist bereit für den Auftakt.

Mit tödlichen Waffen, geschmiedet von teuflicher Wissenschaft, will sie das Herz der Brüderlichkeit treffen, es mit Angst erfüllen, die Brüderlichkeit niederringen, auf daß sie sich nimmer erhebe.

Gemordet soll die Gerechtigkeit, auf den Thron der Macht der Caesar erhöht werden.

Geschlossen ward das Bündnis mit der Hölle, es soll unterschrieben werden mit dem Blute aller Erdenkinder.

Auf vier großen goldenen Thronen hockt die Bestie, träumt von einer Welt, die in Ketten zu ihren Füßen liegt.

Träumt von Macht, immer mehr Macht, von Gold, immer mehr Gold, entpreßt der Arbeit der Sklaven.

Träumt von einer Herrschaft, die an die Grenzen der Erde reicht, auf das nirgends die Brüderlichkeit zu leben vermöge.

Eine Herrschaft, aufrechterhalten durch wilde Gewalten, durch die todbringenden Waffen der Bestie.

Morgen geht der Vorhang auf, morgen beginnt der Auftakt.

Brüllend bietet die Bestie der Brüderlichkeit Trotz.

Der Mord fordert die Menschheit heraus.

Der Haß kämpft mit der Liebe um die Welt.

Aus tausend Wunden blutend, muß die Brüderlichkeit sterben, auf daß die Bestie zu leben vermöge.

Dies ist die Antwort der Bestie auf die Stimme der Brüderlichkeit, die heute alle Erdenkinder anruft.

Was aber ist die Antwort der Brüderlichkeit auf die Stimme der Bestie?

Darf das Entsetzen des Auftakts die Vision einer triumphierenden Brüderlichkeit zermalmen?

Darf der Vorstoß der Bestie diese Vision vernichten?

Darf die Brüderlichkeit sterben, auf daß die Bestie leben möge?

Menschen, diese Frage müßt ihr lösen.

Auf diese Antwort müßt ihr Antwort geben.

Bereit ist die Bühne, das gewaltige Amphitheater der Welt.

Du bist einer der Schauspieler in dem Stück, in dem Schauspiel von der Brüderlichkeit und der Bestie.

Du kannst deiner Rolle nicht entgehen.

Das Schicksal ruft dich, du mußt handeln.

Mußt die Rolle spielen entweder die eines Menschen, der die Menschheit liebt, oder die eines Sklaven der Bestie.

In diesem Stück gibt es keinen Mittelweg.

Von dir hängt es ab, ob im letzten Akt die Brüderlichkeit oder die triumphierende Bestie siegt.

Bereit steht die Bühne, — welche Rolle wählst du?

Aus dem Amerikanischen von Hermynia Zur Mühlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220602-14/fragment/page=0007

Die kommunistische Frau

Proletarische Frau und Elternbeiratswahlen

Am 11. Juni finden in allen Volksschulen Halles die Elternbeiratswahlen statt. Für die Frauen ist der Ausfall der Wahlen von allergrößter Bedeutung; denn ihren Kindern den Weg zu bereiten zu einem gesunden, freien Wachstum des Körpers und der Seele ist aller Mütter sehnlichster Wunsch. Ist aber die heutige Schule die Stätte, wo unsere Kinder zu freien, gesunden Menschen erzogen werden? Sieht sie an, eure Kleinen, wie schüchterne, blasse, geängstigte Menschlein sie werden, schon wenn sie die ersten Schulwochen hinter sich haben. Seht sie an, die Großen, die Schulentlassenen, die aussehen wie zwölfjährige, die unfähig sind, den schweren Anforderungen des Lebens standzuhalten.

Tatsache ist — und das muß uns Müttern sehr zu denken geben — der Gesundheitszustand unserer Kinder in den Volksschulen ist oft erbärmlich. Tuberkulose und Blutarmut sind erschreckend weit verbreitet. Ganz unzureichend ist das Schularztwesen. Leider liegt das statistische Material über den Gesundheitszustand der Hallenser Volksschulkinder noch nicht vor. Aber die Zahlen anderer Städte reden eine brutal deutliche Sprache, vor der der dem kirchlich-nationalen Bürgerblock das Lachen wohl vergeht.

Von 46 730 Schulkindern der Stadt **Chemnitz** war nach dem schulärztlichen Jahresbericht 1920/21 der Ernährungszustand:

I. gut	bei 7,6 Prozent,
II. gering unterernährt	bei 24,8 Prozent,
III. deutlich unterernährt	bei 54,3 Prozent,
IV. schwer unterernährt	bei 13,3 Prozent.

Von 10 908 Schulkindern in **Erfurt** waren
93 Prozent unterernährt,
7 Prozent normal ernährt,
50 Prozent krank (Blutarmut, Asthma, Herz-, Augen-, Haut-, Nervenleiden, Skrofulose, Rachitis, Tuberkulose).

Körpergewicht eines höheren Schülers	von 14 Jahren: 40 kg
Körpergewicht eines Mittelschülers	von 14 Jahren: 35,75 kg
Körpergewicht eines Volksschülers	von 14 Jahren: 34,18 kg

In Halle werden die Verhältnisse kaum anders liegen. Da ist es Zeit, daß die proletarischen Elternbeiräte unsere Forderungen an die Schule vertreten.

Wir fordern: Schulspeisung für alle bedürftigen Kinder, Ausbau und Kontrolle des Ferienkolonienwesens, Ausbau des Schularztwesens, Einrichtung von Bad- und Brausebadanlagen.

Tatsache ist: Die äußeren Schuleinrichtungen sind im schlechtesten Zustande: Physikalische, naturwissenschaftliche Lehrmittel, Turngeräte und andere wichtigen Lehrmittel.

Wir fordern die Durchführung der durch die Verfassung festgelegten Unentgeltlichkeit der Lernmittel und Anschaffung und Instandsetzung von guten Lehrmitteln, Einrichtung von Werkstätten.

Tatsache ist: Die Schulen werden durch Zusammenziehung oder Einziehung von Klassen wegen gesunkener Geburtenziffer abgebaut. 60 Kinder in der Klasse wird dann Normalfrequenz sein. Vom pädagogischen und hygienischen Standpunkt aus unerhört!

Wir fordern: Keine Zusammenlegung von Klassen, Herabsetzung der Klassenfrequenz als Grundlage jeden pädagogischen Fortschrittes.

Tatsache ist: Die Methode unserer Schulen ist noch immer: Eindrillen von Lehrstoffen mit Hilfe des Prügels und Bildung unserer Kinder zu willigen, gehorsamen Lohnsklaven.

Wir fordern: Gemeinschafts- und Arbeitsunterricht.

Tatsache ist: Die Schule der Republik duldet noch immer die monarchistisch, militaristisch und religiös gefärbten Lese- und Realienbücher.

Wir fordern: Einführung von Lehrbüchern ohne völker- und klassenverhetzende Tendenzen auf rein wissenschaftlicher Grundlage.

Bedenkt, welche Nachteile die Bekenntnisschule für das proletarische Kind hat. Wählt Anhänger der weltlichen Schule und scheut nicht die kleine Mühe der Abmeldung eurer Kinder vom Religionsunterricht, um so die Schule dem Einfluß der Kirche mehr und mehr zu entziehen.

Habt ihr Mütter aus den angeführten Tatsachen, die sich leicht vermehren ließen, erkannt, daß die Volksschule euer Feind ist, so dürft ihr den Kampf nicht scheuen, sondern müßt eifrig mithelfen an der Schaffung besserer Schulverhältnisse. Zwei Pflichten sind jetzt zu erfüllen:

Ueberall, wo ihr seid, in Läden, Betrieben, auf der Straße, mit ihr mit anderen Müttern von den kommenden Elternbeiratswahlen sprechen, müßt sie aufklären, ihnen sagen, wie die alte Schule aussieht und um was wir kämpfen. Meistens ist die Gleichgültigkeit der Frauen nur Unwissenheit. Helft sie belehren zum Wohle eurer Kinder!

Und am 11. Juni muß jede von euch ihren Wahlzettel in die Urne werfen. Keine darf fehlen. Kein Kochtopf, keine Flickarbeit, kein Ausflug darf Hinderungsgrund sein. Denkt nicht: „Auf eine kommt es nicht an!“ Es kommt auf alle an. Wollt ihr euch von den christlich-bürgerlichen Frauen beschämen lassen? Von ihnen wird keine fehlen. Sorgt, daß nicht die Reaktion in der Schule über eure Kinder triumphiert.

Seid auf dem Posten! Die Elternbeiratswahlen müssen einen Sieg der proletarischen Väter und Mütter bringen.

Wählt darum alle die Liste der Kommunistischen Partei!

Pfingstsonne

Den Geist wollt ihr feiern, den heiligen Geist,
Der die Dogmen zerschmilzt und die Formeln zerreißt —
Und ihr bindet den Arm, der die Fessel zerbricht!?
Ihr blendet die Augen — und predigt das Licht!?

Und all' eurer Glocken weithallend Gedröhn
Uebertäubt nicht der winselnden Sklaven Gestöhn —,
Und all' eurer Kerzen hellflammender Schein
Flammt nicht in die Tiefen des Elends hinein!

Aus dem Himmel nicht mehr, der den Blitzstrahl euch gab,
Fahren feurige Funken der Liebe herab:
Aus der kreiselnden Erde gemarterem Schoß
Ringen glühende Ströme des Hasses sich los.

Du Sonne der Pfingsten, du himmlischer Strahl,
Gieße aus deine Fülle ins finstere Tal!
Du göttliche Freiheit des Menschengeschlechts,
Leuchte du uns im Kampfe als Fackel des Rechts!

Dann läuten wir Sturm in die zitternde Welt
Mit Glockengetön, das die Gräber durchgellt — —
Dann feiern wir Pfingsten und krönen den Geist,
Der die Mauern zersprengt und die Ketten zerreißt!

Clara Müller.

Gegen die Schundliteratur

Im Organ der deutschen Buchhändler und Verleger war vor kurzem zu lesen, daß von allen in Deutschland verlegten Büchern keines eine so hohe Auflage erreiche, wie die Bücher der „Schriftstellerin“ Hedwig Courths-Mahler. Hedwig Courths-Mahler wird als erklärter Liebling der deutschen Frauen- und Mädchenwelt bezeichnet. —

Wenn man annehmen dürfte, daß sich der Leserkreis dieser ehrenwerten Romanfabrikantin nur aus den Kreisen der Bourgeoisie rekrutierte, könnte man über diese Feststellung zu wichtigeren Dingen übergehen. Tatsache aber ist, daß es gerade Arbeiterfrauen oder Frauen des proletarischen Mittelstandes sind, die ihren geistigen Hunger mit den Produkten der edlen Hedwig befriedigen. Es genügt nicht, wenn eine klardenkende, die Verhältnisse durchschauende Arbeiterin jene andere, vom himmelblauen und rosenroten Kitsch der Courths-Mahler-Begeisterte hin und wieder einmal auf ein gutes Buch, auf unsere Presse oder gar auf politische Literatur hinweist. Man muß zunächst über die Ursachen nachdenken, denen die Courths-Mahler-Seuche ihre Verbreitung verdankt.

Das großkapitalistische Wirtschaftssystem konnte nicht zuletzt mit Riesenschritten vorwärts marschieren, weil es verstand, die Frauen als billige und genügsame Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß einzureihen. Aber mit der Schnelligkeit, mit der sich die Frau äußerlich den neuen Bedingungen der sie umgebenden kapitalistischen Wirklichkeit anpaßte, vermochte sie seelisch nicht Schritt zu halten. Die schönen, von den kirchlichen und weltlichen Pfaffen gepredigten Theorien, daß die Frau ins Haus gehöre, als „Gefährtin“ — oder in kühleres, aber ehrlicheres Deutsch übertragen — als behütetes Luxustier des Ehebetrn, hatten für die Proletarierin zu keiner Zeit Gültigkeit. Sie war im beschränkten Kreis ihrer Familie das geduldige Arbeitstier, auf dem die vielen Pflichten des Haushalts lasteten. Die veränderten Wirtschaftsbedingungen rissen Millionen Frauen aus dem Haus, reihten sie in die große Slavenherde des Kapitalismus ein, ohne daß sie durch ihre Erziehung die Kraft für den Lebens- und Klassenkampf mitgebracht hätten, über die der Mann verfügte. Jahrhundertelange Erziehungsmethoden hatten aus der Frau ein Wesen gemacht, das fast jedermann ein Recht der Bevormundung zusprach und bei der Eingliederung in den kapitalistischen Produktionsprozeß war sie dementsprechend das fügsamste, anspruchsloseste Ausbeutungsobjekt, das sich der Unternehmer wünschen konnte. Die Frau war zu schnell von dem Riesenrad des Kapitalismus erfaßt worden, sie klammerte sich an die Speichen dieses Rades, daß sie ohne ihren inneren Wunsch an sich gerissen hatte, und so verrichtet sie ihre Arbeit in einer Art gewissenhafter mechanischer Pflichterfüllung, ohne darüber nachzudenken, daß ihr Schicksal sich in dem von Millionen Leidensgefährtinnen widerspiegelt, ohne Wunsch und Willen den tieferen Grund dieses Geschehens zu begreifen. Aber da sie von der Arbeit in Fabrik oder Bureau nur körperlich beansprucht wird, suchen sich die geistigen und seelischen Kräfte ihren eigenen Weg. Und nun machen sich jene abgelebten Begriffe bemerkbar, mit denen der Mann nicht zu kämpfen braucht, die Frau sehnt sich aus der Inhaltlosigkeit ihrer Tätigkeit nach dem ruhigen Familienkreis, malt sich dieses verlorene Glück in den rosigsten Farben, und versucht sich über ihr soziales Elend mit dem Zukunftsbild des alleinseligmachenden häuslichen Herdes hinwegzutäuschen.

Der Kapitalismus hat alles Interesse daran, seine willigsten Arbeitssklaven in diesem Zustand geistiger Verflachung zu erhalten. Mögen sie doch ruhig von ihrem Eheideal träumen! Um so leichter kann man sie mit billiger Entlohnung abfinden, kann man sie dem männlichen Arbeitskollegen gegenüber als Lohndrücker ausspielen! Um seine Arbeitstiere in recht tiefem geistigen Schlaf zu erhalten, hat der Kapitalismus Hunderte von großen und kleinen Mitteln: Kirche und Schule, löffelweise zugeteilte „Volksbildung“ und — eine gewisse Sorte Literatur, die am würdigsten durch die Courths-Mahler vertreten wird. Die ausgebeutete Arbeiterin in der Fabrik wird gewiß nicht darüber nachdenken, wie es kommt, daß sie für ihre harte Arbeit einen Hungerlohn erhält und der gutgenährte Herr Unternehmer Riesenprofite einsteckt, die Buchhalterin wird sich keine Gedanken über das Mißverhältnis machen, das zwischen ihrem geringen Gehalt und den schwindelnd hohen Dividenden der Aktionäre besteht, wenn sie das Ideal eines Courths-Mahlerschen Ritters ohne Furcht und Tadel in ihrem Herzen tragen. Sie sehen sich als Dornröschen hinter der Hecke ihrer Arbeitspflichten, von denen sie schon einmal der Prinz erlösen wird, den die Courths-Mahler in der modernen und ihren Leserinnen gegenwärtigen Gestalt des Offiziers von und zu, des vermögenden Industriekapitäns oder ähnlicher „herrlichen Persönlichkeiten“ als Belohnung verspricht, wenn sie stille, brave Mädchen — lies: geduldige Dummköpfe — sind.

Diese friedfertigen Proletarierinnen sind eine zu große Masse, als daß wir uns nicht mit ihrer Mentalität auseinandersetzen müßten. Ihre Unwissenheit ist eine starke Stütze des kapitalistischen Systems, und deshalb müssen wir ihnen die Augen öffnen, Schritt für Schritt die Courths-Mahler-Literatur, die bürgerlich-klassisch- und Tratschblätter, die albernen Zeitschriften usw. entwinden. Die breiten Massen der ausgebeuteten Frauen sind der zurückgebliebenste Teil des Proletariats. Man muß den Kampf, sie für unsere Idee, für den Kommunismus zu gewinnen, auf breitester Basis führen. Die kleinbürgerliche Ideologie, die das Ergebnis der Courths-Mahler-Romane ist, muß umgewandelt werden in eine scharfe und bewußte Klassenideologie. Man muß jeder Proletarierin in den Werkstätten, Warenhäusern und Bureaus den geschichtlichen Sinn der sozialen Gegensätze, die sie täglich spüren, klar machen. Man muß unermüdlich in der zähen Arbeit sein, den Nebel der Courths-Mahlerschen Wirklichkeitslügen zu zerstreuen und aus den passiven unbeteiligten Frauen aktive revolutionäre Klassenkämpferinnen machen.

In dem bevorstehenden großen Kampf zwischen Kapitalismus und Proletariat werden wir dann die Massen der Frauen hinter uns haben, eine zielbewußte starke Armee, die sich würdig neben die Frauen der Pariser Kommune, neben die freien und schöpferischen Frauen Sowjetrußlands stellen können. Um zu diesem Ziel zu gelangen, müssen wir ganz besonders gegen die erwähnte Art von Literatur kämpfen, gegen die traditionelle Verlogenheit und Gefühlsheuchelei, die sie in Reinkultur darstellt. Keine Rückkehr zu einer sagenhaften „guten alten Zeit“, die für die Proletarierin niemals existierte, sondern Erkenntnis dessen, was war, was ist, und was wir zu erkämpfen haben — das ist eine der wichtigsten Aufgaben, die der klassenbewußten Proletarierin gestellt sind.

L. Korpus.

Unser Kampf gegen die Paragraphen 218-220

Aus der Denkschrift des Frauenreichssekretariats

Trotz der strengen Handhabung der barbarischen Gesetzesparagraphen des StrGB. nimmt die Abtreibung **ungeheuer zu.** Genaue Statistiken sind dazu unmöglich zu erhalten, da die Mehrzahl der Fälle nicht einmal den Aerzten bekannt sind, eine große Zahl sogar von den Frauen selbst mit den primitivsten Mitteln und unter Lebensgefahr ausgeführt wird. Auch die Zahl der Sterbefälle an mißlungener Abtreibung, die von Kurpfuschern, ungelernten Hebammen, oder gar von Laien ausgeführt werden, ist nicht zu ermitteln. Nach Schätzung von ärztlicher Seite **sterben in Deutschland jährlich 20 000 Frauen an den Folgen des durch unkundige Hand vorgenommenen Abortus.** Sogar häufig wird eine andere Todesursache angegeben, vielfach, wenn die Vermutung auf Abtreibung nicht nahe liegt, wird von Aerzten selbst bei der Obduktion der Leiche eine andere Krankheit als Ursache des tödlichen Ausgangs angenommen. Viele tausende Frauen werden durch die mit unkundiger Hand vorgenommenen Operation auf Lebenszeit krank, oft für immer gebärunfähig, obwohl sie zu anderen Zeiten gerne die Mutterschaft auf sich nehmen wollen.

Das Ueberhandnehmen der Abtreibung gerade in der Zeit nach dem Kriege, wo sonst in normaleren Zeiten immer ein Anschwellen der Geburtenziffer zu verzeichnen war, erklärt sich aus dem gesteigerten Elend der Arbeiterklasse. Eine große Kinderzahl drückt auf die ganze Lebenshaltung der Familie, in Zeiten der Teuerung und Not, wie wir sie jetzt durchleben, wird oft dadurch, daß mehr Kinder auf die Welt gebracht werden, die wirkliche Zahl der überlebenden Kinder nicht gesteigert. Denn je mehr auf die Welt kommen, um so eher verfallen die jungen Mütter dem frühen Tode. Die die Zeit des Elends und der Not überlebenden Kinder siechen als junge Menschen früh dahin. **Der Rückgang der Geburtenziffer ist mit eine der Verfallserscheinungen der ganzen heutigen Gesellschaft.** Die Arbeiterklasse ist in der Zeit der Verelendung nicht imstande, sich selbst zu reproduzieren. Sie greift in der Not zu den Mitteln, die ihr am nächsten liegen, um ihre einfachste Lebenshaltung möglich zu machen.

Die Abtreibung an sich ist ein unökonomisches und für die Frauen grausames Mittel der Geburtenregelung. Nur durch die Heuchelei und Geheimnistuerei der heutigen Gesellschaft, die empfängnisverhütende Mittel für das Volk unbekannt oder schwer erhältlich macht, muß die Masse der Proletarierfrauen zu diesem letzten Mittel greifen, um Kinder nicht in die Welt zu setzen, für die kein Brot vorhanden ist.

Der KPD. steht es fern, die Abtreibung als ein Ideal zu empfehlen. Aber wir müssen uns entschieden dagegen wenden, daß die proletarischen Frauen von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gezwungen werden, Kinder in die Welt zu setzen, für die der Staat keine Lebensmöglichkeiten schaffen kann. Wir müssen den Polizeiparagraphen, die die Abtreibung verbieten, die Forderung nach Mütter- und Säuglingsheimen, nach unentgeltlicher Aerzte- und Hebammenhilfe entgegensetzen. Solange eine Gesellschaft nicht imstande ist, den Frauen die Mutterschaft materiell möglich zu machen, hat sie auch kein Recht, von den Frauen die Uebernahme der Leiden und Lasten, die aus der Mutterschaft hervorquellen, zu verlangen. Die schlechte Entlohnung der Frauenarbeit, die Verfemung der unehelichen Mutter, die erst in der letzten Reichstagsdebatte über die unehelichen Beamtinnen wieder zum Ausdruck kam, sind mit ein Antrieb, die Frauen zur Abtreibung zu zwingen.

Unsere Anträge im Reichstag zur Abtreibung verlangen nicht allein Abschaffung der §§ 228 und 219, sondern zureichende **öffentliche Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen, für Säuglinge und Kinder.** Im Falle, daß vom Staate diese Fürsorge nicht gewahrt werden kann, verlangen wir für die Frauen das Recht, in öffentlichen Anstalten von appropierten Aerzten ihre Leibesfrucht unentgeltlich beseitigen zu lassen.

Die USPD. verlangt die Streichung der §§ 218 und 219, ohne unsere positiven Vorschläge, daß die Abtreibung in öffentlichen Anstalten von approbierten Aerzten vorgenommen wird, in ihren Antrag aufzunehmen. Das würde die Frauen noch mehr als heute den Kurpfuschern und Winkelärzten in die Arme treiben.

Die SPD. will, daß in den ersten drei Monaten die Abtreibung, sofern sie im Einverständnis mit der Schwangeren von einem ärztlich approbierten Arzte vorgenommen wurde, straflos sei. Sie zeigt damit ihre Befangenheit in der christlichen Weltanschauung, die glaubt, daß nach einer gewissen Anzahl von Monaten die Schwangerschaft die Leibesfrucht beseelt, die Abtreibung also als Tötung zu betrachten sei.

Die bürgerlichen Parteien verteidigen diese Schandparagraphen und wollen deren Aufrechterhaltung.

Wir müssen die Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft enthüllen, die sich unter verschiedenen Vorwänden gegen die Abtreibung ausspricht. Sei es nun vom medizinischen Standpunkt, von dem aus sie die gesundheitliche Schädigung der Abtreibung beweisen will, während sie doch bei den Frauen der Bourgeoisie ohne Bedenken von den bekanntesten Professoren vorgenommen wird, sei es vom moralischen Standpunkt, der die Abtreibung als eine Art Tötung eines beseelten Wesens hinstellt. Alle diese verschiedenen Vorwände sind in Wirklichkeit diktiert vom Klasseninteresse der bürgerlichen Gesellschaft, die im Geburtenrückgang eine Gefahr für sich sieht. Die Bourgeoisie fürchtet, daß sich die Objekte ihrer Ausbeutung vermindern könnten, daß ihr in den Zeiten der Hochkonjunktur die nötigen Arbeitskräfte fehlen könnten, die ihr auch in den Zeiten der Krise und der Depression als ein Heer von Lohndrückern, als eine industrielle Reservearmee, die auf dem Lebensstandard der ganzen Arbeiterklasse drückt, willkommen ist. Noch mehr fürchtet sie, bei ihrem nächsten Kriege um die Aufteilung der Welt zu kurz zu kommen, wenn nicht genügend Kanonenfutter vorhanden ist.

Die KPD. muß in ihrem Kampfe gegen dieses Ausnahmegesetz gegen die proletarischen Frauen den Frauen das Recht zugestehen, über sich selbst zu bestimmen, ob sie imstande sind, ein neues Wesen aufzuziehen, solange die Gesellschaft die Versorgung der Mutter und die Aufzucht der Kinder nicht übernehmen will.

Wir müssen dabei auf die Gefahr hinweisen, die die Abtreibung für die Frauen hat, die Kurpfuschern in die Hände fallen und oft ihr Leben bei einer solchen Operation einbüßen. Auch dürfen wir nicht vergessen, daß ein Ueberhandnehmen des Geburtenrückganges letzten Endes auch die Arbeiterklasse an Zahl und Stärke verringern kann, also nicht im Interesse des Klassenkampfes gelegen ist. Aber wir sind uns bewußt, daß man diesen Uebelständen nicht durch Gesetzesparagraphen, sondern durch planmäßige Fürsorge für Mutter und Kind entgegenarbeiten kann.

Deshalb nehmen wir diesen konkreten Fall, um dabei die Heuchelei und Niedertracht der ganzen bürgerlichen Gesellschaft aufzuzeigen, den Widerspruch dieser Gesellschaft, die in verschwenderischer Weise Menschen in die Welt setzen will, die ohnehin einem frühen Tode und Siechtum geweiht sein müssen.

Die heutige kapitalistische Gesellschaft ist nicht mehr imstande, ihren Sklaven das nackte Leben zu sichern, sie ist nicht imstande, ihnen das **primitivste Recht des Menschen auf Fortpflanzung und Vermehrung** zu gewährleisten.

Wir kämpfen für die Beseitigung dieser Schandparagraphen, die sich gerade gegen die Frauen richten. Wir wollen an ihrer Hand die proletarischen Frauen gegen die heutige Gesellschaftsordnung mobilisieren, sie für den Klassenkampf gewinnen. Aber der Widerspruch, der in der ganzen Gesellschaftsordnung liegt, und auch in dieser Frage wieder an die Oberfläche kommt, kann nur mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst vollständig beseitigt werden. **Wir mobilisieren damit die Frauen zum Kampfe gegen die ganze Gesellschaftsordnung des Kapitalismus.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220602-14/fragment/page=0008